

# WISO-Info

**DGB**

Gewerkschaftliche Informationen  
zu Wirtschafts- und Sozialpolitik

Ausgabe 1/2011



► **Kommentar**

Jochen Nagel über die „Schuldenbremse“ ..... 2

► **Interview**

Thomas Etzemüller über die Diskussionen um den demographischen Wandel ..... 4

► **Regionales**

Eine „Schuldenbremse“, zwei Bundesländer, drei Mythen ..... 8

Niedriglöhne in Deutschland und in Hessen ..... 16

Zur Situation der beruflichen Ausbildung in Niedersachsen ..... 23

► **Forum**

Wessen Interessen vertritt der Bund der Steuerzahler? ..... 28

► **Kompakt**

Buchbesprechung: An den Grundpfeilern unserer Zukunft sägen ..... 32

Buchbesprechung: The Fearfull Rise Of Markets ..... 33

Buchbesprechung: Deutsche Zweiheit ..... 34

# „Schuldenbremse“ oder: Brandstifter als Feuerwehrleute

Von Jochen Nagel

Die „Schuldenbremse“ wird von Brandstiftern vorangetrieben, die sich jetzt als Feuerwehrleute ausgeben, um mit dem „Löschwasser“ auch noch die Reste des Hauses zu zerstören. Das Haus heißt „handlungsfähiger demokratischer Sozialstaat“. Ein Staat, der in der Lage ist, die Ungerechtigkeiten und sozialen Verwerfungen unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems soweit wie möglich auszugleichen.

Brandstifter sind Lobbyisten und willfährige Politiker, die in trauter Gemeinsamkeit für massive Steuergeschenke an Reiche und große Unternehmen gesorgt haben. Sie haben dem Staat systematisch eine gesunde Einnahmebasis entzogen und den Anstieg der Verschuldung verursacht, den sie heute mit großem Getöse öffentlich anprangern.

Es war nicht der Anstieg der öffentlichen Ausgaben, dieser ist - gemessen an den sozialen Aufgaben des öffentlichen Sektors - eher viel zu gering ausgefallen. Es waren die einbrechenden Einnahmen, die zur Zunahme der Schulden und zur chronischen Unterfinanzierung öffentlicher Aufgaben - wie zum Beispiel Kindertagesstätten, Schulen, Universitäten - geführt haben.

Diese Steuergeschenkpoltik stößt inzwischen auf zunehmenden gesellschaftlichen Widerstand. Mit der Bedienung der Hoteliers wurde ein Gipfelpunkt erreicht, der den Leuten bis in die hintersten Ecken der Republik klarmachte, mit welcher brutaler Instinktilosigkeit hier Klientelpolitik auf Kosten der Allgemeinheit betrieben wurde und wird.

Höchste Zeit für die Brandstifter, umzuschwitchen: Inzwischen treten sie lieber als Feuerwehrleute auf und greifen den von ihnen selbst erzeugten Schuldenstand massiv an. Dabei wollen sie uns die „Schuldenbremse“ als Löschwasser verkaufen. Vorsicht: Mit diesem Löschwasser soll die sozialstaatliche Handlungsfähigkeit weiter zerstört werden!

So haben ihre Vorreiter - der (Kaum-mehr-)Steuerzahlerbund und die Vereinigung hessischer Unternehmerverbände (VhU) - bei der Anhörung im hessischen Landtag mit aller Deutlichkeit klar gemacht, dass es ihnen zentral darum geht, den drastischen Personalabbau in allen Bereichen des Öffentlichen Dienstes noch verschärfter voranzutreiben. Dies, obwohl es wohl weltweit unter den entwickelten Wirtschaftsnationen keine Region mehr geben dürfte, in der die Schüler-Lehrer-Relation so schlecht ist wie in Hessen. Deutschland insgesamt hat heute schon, verglichen mit anderen Industriestaaten, einen der personell am schwächsten ausgestatteten Öffentlichen Dienste.



Jochen Nagel, Lehrer für Politik und Mathematik, ist seit 2002 Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Hessen.

Und selbstverständlich haben sie auch ihre Pläne zur Wiedereinführung von Studiengebühren - sowie Einführung bzw. Erhöhung von Gebühren in den anderen Bereichen - nur vorübergehend in den Schubladen versteckt. Mit ihrer "Schuldenbremse" wollen sie auch diese Pläne wieder hervorholen.

Am 27. März 2011 soll diese „Schuldenbremse“ dem Volk als Verfassungsänderungsvorschlag zur Abstimmung vorgelegt werden. Die Lobbyisten werden alles tun, um ihre wahren Absichten zu verschleiern. So sprechen sie immer wieder von Verantwortung für die kommenden Generationen und handeln täglich gerade hier verantwortungslos, wenn sie die Bildungsangebote für die jungen Menschen bereits jetzt chronisch unterfinanziert lassen.

Wir wollen das Löschwasser dieser Brandstifter nicht und lehnen ihre "Schuldenbremse" entschieden ab. Im Gegensatz zu ihnen sind wir für eine nachhaltige Haushaltspolitik, bei der Einnahmen und Ausgaben dauerhaft ins Gleichgewicht gebracht werden und der Fokus auf einem handlungsfähigen und nicht auf einem Mager-Staat liegt. Und wir sind - gemeinsam mit führenden Ökonomen - der Überzeugung, dass politische Handlungsfähigkeit nicht durch ein generelles Schuldenverbot abgewürgt werden darf.

Unter der „Schuldenbremse“ könnte Hessen in Zukunft zum Beispiel eine neue Universität nur bauen, wenn man vorher jahrelang dafür Geld zurückgelegt hat. Dies ist unsinnig wie ein Kropf und wird - wie auch bei Privatpersonen - dazu führen, dass man auf diesem Wege nie zum Ziele kommt. Dem Land bleibt dann nur übrig, zum Beispiel eine große Firma wie Bilfinger & Berger zu bitten, entsprechende Gebäude zu bauen, die man dann später anmietet. Mit Sicherheit wird dies das Land teurer kommen und lediglich der weiteren Mehrung von privatem Profit dienen.

Deshalb sagen wir: Nein zu dieser „Schuldenbremse“!

Wir sagen dies auch, weil sie keinesfalls generationengerecht ist. Im Gegenteil: Die hessische Kultusministerin, Dorothea Henzler, hat auf unserem Bildungskongress die Kürzungen im Bildungsbereich mit der "Schuldenbremse" begründet. Und wir wissen, stünde die Bremse erst einmal in der Verfassung, würden mit ihr weitere drastische Kürzungen gerade auch bei Kindern und Jugendlichen durchgesetzt.

# "Ein biologisch-demografisches Katastrophenszenario dominiert die Diskussion im 20. Jahrhundert"

Das Interview führte Patrick Schreiner

**WISO-Info:** Die Bevölkerung in Deutschland und in den meisten Staaten Europas scheint zu schrumpfen, und Politik findet kaum noch ohne Bezug auf mögliche Folgen dieses demografischen Wandels statt. Ist das aus geschichtswissenschaftlicher Sicht ein neues Phänomen?

**Thomas Etzemüller:** Nein, Zustand und Größe der Bevölkerung wurden bereits seit dem 16. Jahrhundert diskutiert. In der "Peuplierungspolitik" ging es freilich vor allem darum, beispielsweise durch Besiedlungsmaßnahmen möglichst viele taugliche Arbeitskräfte und Soldaten zu schaffen. Eine tüchtige Bevölkerung war Indiz für eine "gute Herrschaft" der Fürsten und umgekehrt. Erst Ende des 18. Jahrhunderts wurde die Bevölkerung zunehmend auch als Bedrohung gesehen. Der Engländer Thomas Robert Malthus stellte 1798 in einem bis heute einflussreichen "Bevölkerungsgesetz" die These auf, dass sich die Bevölkerung regelmäßig stärker vermehre, als das Land Nahrung biete. Das hatte eine klar sozialpolitische Stoßrichtung. Für Malthus waren es nämlich die Armen, die sich sinnlos vermehrten, sobald ihnen Geld und Nahrung zur Verfügung stünden. Fürchterliche Hungersnöte mussten dann immer aufs Neue die Balance zwischen Bevölkerungszahl und Nahrungsgrundlage herstellen. Sozialpolitik, so Malthus, werde diesen Teufelskreislauf nur verstärken, man müsse die Unterschichten deshalb zu sexueller Enthaltbarkeit erziehen.

**WISO-Info:** Auch in der jüngst von Thilo Sarrazin losgetretenen Debatte finden sich zahlreiche Elemente demografischen und bevölkerungspolitischen Denkens, etwa die Größe und das Wachstum bzw. Schrumpfen der Bevölkerung, die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und die unterschiedlichen Geburtenraten in verschiedenen gesellschaftlichen Schichten. Welche historischen Vorläufer gibt es hierfür?

**Thomas Etzemüller:** Da wird im Grunde nur das nachgesprochen, was seit Malthus die demografische Diskussion dominiert. Seitdem beschwören die demografischen Apokalyptiker ein doppeltes Problem: Die "wertvollen" Mittelschichten bekommen zunehmend weniger Kinder, weil die Frauen angeblich lieber dem Luxus frönen oder sich emanzipieren, oder auch, weil die Familien unter immer stärkeren wirtschaftlichen Belastungen leiden. Die vermeintlich problematischen Unterschichten dagegen bekommen zu viele Kinder, weil ihnen Sozialhilfe das Überleben erleichtert (Wohlgemerkt: Die Sozialhilfe war bis weit in die 1950er Jahre extrem niedrig). Das wurde mit eugeni-



Thomas Etzemüller ist außerplanmäßiger Professor und Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Oldenburg und außerdem Heisenberg-Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Seine Forschungsschwerpunkte sind die europäische Geschichte der industriellen Moderne, Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftssoziologie.

Zum Weiterlesen:  
Thomas Etzemüller, Ein ewigwährender Untergang. Der apokalyptische Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert, Bielefeld: transcript-Verlag 2007.

schem und rassistischem Denken verbunden: Die Unterschichten degenerierten angeblich biologisch und setzten damit die "Gesundheit" des "Volkskörpers" aufs Spiel. Und zugleich vermehrten sich "minderwertige" Völker wie "die Slawen" angeblich überproportional und drohten Deutschland bzw. das "Abendland" zu "überfluten". Also: Eine Zunahme der "minderwertigen" Unterschichten in Deutschland, ein Schrumpfen des deutschen Volkes insgesamt und eine drohende Flutung aus dem Osten - das ist das biologisch-demografische Katastrophenszenario, das die Diskussion im 20. Jahrhundert dominiert.

Übrigens scheinen in der Debatte nur Frauen das Problem zu sein: Im Westen bekommen sie, in der Mittelschicht und bis heute, angeblich zu wenig Kinder, weil sie ihre traditionelle Mutterrolle vergessen haben und sich selbst verwirklichen wollen; in den Unterschichten und der "Dritten Welt" dagegen bekommen sie zu viele Kinder, weil sie sich nicht genug von traditionalem Denken emanzipiert haben. Es ist außerdem auffällig, dass die demografische Debatte fast ausschließlich von Männern geführt wird, als Gegenstand dieser Debatte kommen sie aber kaum vor.

**WISO-Info:** Bisweilen werden bestimmte Bevölkerungsgruppen ganz offen als Problem oder als Belastung der Gesamtgesellschaft beschrieben, etwa Migrantinnen und Migranten, Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner oder prekär Beschäftigte. Haben Diskussionen um Demografie und Bevölkerungspolitik per se eine solche reaktionäre und entsolidarisierende Stoßrichtung?

**Thomas Etzemüller:** Man sollte das als mächtige Sorge ernst nehmen. Es geht meines Erachtens bei der Debatte seit über 100 Jahren um die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg. Die Veränderungen im Gefolge der Industrialisierung waren radikal. Heerscharen verelendeter Arbeiter waren etwas Neues, und die Eugenik schien eine Erklärung zu bieten, warum es soweit gekommen war: Die "natürliche Auslese" war durch Sozialpolitik außer Kraft gesetzt worden. Außerdem gelangten die Unterschichten zu immer größerem gesellschaftspolitischen Einfluss - Eugenik schien zu beweisen, dass Schuster von Natur aus nicht für Führungsfunktionen geeignet seien. Nicht nur die sollten bei ihren Leisten bleiben, sondern jeder Mensch sollte in seinem geografischen und sozialen Raum verankert sein, statt nach "Höherem" oder woandershin zu streben. Mobilität und soziale Dynamik erschienen als Bedrohung der früher angeblich stabilen, "organischen" Ordnung. Im Prinzip ist dieses Denken noch heute virulent, jetzt freilich vererben die Unterschichten angeblich Dummheit, und statt der "Slawen" droht nun geradezu eine "Biomasse" aus der "Dritten Welt" vermeintlich herüberzuschwappen.

Wieder sieht sich die Mittelschicht in der Defensive. Immerhin aber wird das Thema seit etwa zehn Jahren kontroverser diskutiert. Mit Überschriften wie "Aussterben abgesagt" stellen mittlerweile auch die Medien die demografischen Katastrophenszenarien immer mal wieder in Frage.

Man darf allerdings nicht vergessen, dass das keine deutsche Diskussion ist. Die USA erließen bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts in mehreren Bundesstaaten Sterilisierungsgesetze, um angeblich "minderwertige" Menschen an der Fortpflanzung zu hindern. Im unzweifelhaft demokratischen Schweden gab es bis zur Jahrtausendwende dieselbe Diskussion wie bei uns - und bis in die frühen 1970er Jahre wurden etwa 60.000 Menschen sterilisiert, wohl 20.000 gegen ihren Willen und insgesamt zumeist Frauen. Die Angst vor der sozialen Destruktion betraf eine ganze Reihe westlicher Industrienationen.

**WISO-Info:** Sie sagen, dass Mobilität und soziale Dynamik den Mittelschichten als Bedrohung erscheinen. Zugleich aber werden etwa Chancengleichheit und Aufstiegsmöglichkeiten zumindest in westlichen Gesellschaften als hohe Güter angesehen. Der Millionär, der einst Tellerwäscher war, gilt keineswegs nur in den USA als Vorbild. Ist dies ein Widerspruch? Wie hat sich das Verhältnis zwischen stabiler Ordnung einerseits und sozialer Dynamik andererseits in den letzten 150 Jahren entwickelt?

**Thomas Etzemüller:** Mobilität und soziale Dynamik erschienen einigen Bevölkerungsexpertinnen und -experten noch bis weit nach dem Zweiten Weltkrieg als Bedrohung, aber diese Sehnsucht nach einer stabilen Ordnung verlor immer mehr an Attraktivität. Stattdessen setzten sich Vorstellungen von "Emanzipation" und "Chancengleichheit" durch, mit denen sich ganz andere soziale und politische Zielrichtungen verbanden. Das ist also kein Widerspruch, sondern da löste - in einem Prozess, der übrigens bereits im frühen 20. Jahrhundert begann - ein Ordnungsmodell das andere ab.

**WISO-Info:** In den letzten Jahren schlug sich die Demografie- und Bevölkerungsthematik unter anderem in der Rentenpolitik nieder, Stichwort Riester-Rente und Rente mit 67, aber auch in der Arbeitsmarktpolitik, Stichwort Fachkräftemangel. In beiden Fällen geht es um ein angebliches "Zuwenig": Zuwenig Erwerbstätige, um die Rente aller Rentnerinnen und Rentner zu finanzieren; zuwenig Fachkräfte, um den Bedarf zu decken. Wie sind solche Diskussionen historisch einzuordnen?

**Thomas Etzemüller:** Mein Eindruck ist, dass die demografische Debatte auch genutzt wird, um Veränderungen zu vermeiden. Tatsächlich sind die Geburtenziffern seit dem 19. Jahrhundert kontinuierlich gesunken, die Sterblichkeit aber auch. Deshalb gab es fast immer einen Geburtenüberschuss, das heißt, absolut ist die Bevölkerung stets gewachsen. Deshalb erscheinen die Prognosen so erstaunlich, die Jahr für Jahr erneut das Schrumpfen der deutschen Bevölkerung für die ferne Zukunft vorherzusagen. Eine Prognose der 1930er Jahre besagte, dass in Deutschland (und zwar in den Grenzen von 1937!) heute nur 30 Millionen Menschen leben würden. Trotz der Menschen- und Gebietsverluste zweier Weltkriege sind es nun über 80 Millionen. Dazu trugen natürlich auch Einwanderer bei, doch deren Anteil liegt bei gerade einmal zehn Prozent. Der Rest geht auf nicht vorhersehbare demografische Prozesse zurück. Und genau das ist das Problem aller Prognosen. Führende Demografen sagen, dass es unseriös ist, Bevölkerungsbewegungen für einen Zeitraum von 50 Jahren vorherzusagen, und bislang ist jede Prognose, die ich kenne, kläglich gescheitert. Trotzdem wird unverdrossen immer wieder dasselbe vorhergesagt: Die künftige dramatische Entleerung Deutschlands, die nicht verhindert werden könne.

Ich will gar nicht bestreiten, dass es demografische Probleme gibt. Aber es gibt zwei Arten, damit umzugehen. Man kann vorab alles zum unlösbaren Problem definieren: Frauen in der Bundeswehr; Ausländer in der Polizei; Einwanderer, die angeblich systematisch unsere Sozialsysteme plündern; alte Menschen, die die Produktivität in den Keller reißen. Ein bekannter Bevölkerungswissenschaftler wie Herwig Birg potenziert das Problem sogar, indem er noch für die dritte Generation von Einwanderern einen Migrationshintergrund postuliert. Und Migrantinnen und Migranten - auch ich würde nach dieser Definition dazuzählen - sind für ihn per se kaum integrierbar. Bei dieser Problembeschreibung gibt es natürlich nur eine einzige Lösung: Die restlichen deutschen Mittelschichtsfrauen müssen durch drastisch gesteigerte Geburtenzahlen Unterschichten und Ausländer wieder an die Grenzen der Gesellschaft drängen. Sonst folgt die demografische Katastrophe.

Man kann jedoch umgekehrt akzeptieren, dass sich die Gesellschaft permanent verändert und nach kreativen Lösungen suchen, so wie uns das beispielsweise Schweden vormacht. Deshalb plädiere ich für die unaufgeregte Haltung, Probleme zu identifizieren und zu lösen, statt der erneuten demografischen Hysterie Aufmerksamkeit zu schenken.

# Eine "Schuldenbremse", zwei Bundesländer, drei Mythen

Von Patrick Schreiner und Kai Eicker-Wolf

Als "Schuldenbremse" wird eine seit 2009 im Grundgesetz verankerte Regelung bezeichnet, der zufolge die nicht konjunkturbedingte Neuverschuldung des Bundes maximal 0,35 Prozent (ab 2016) und der Länder 0 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (ab 2020) betragen darf. Hiervon darf nur in sehr restriktiv gehandhabten Ausnahmefällen abgewichen werden. Die Landesregierungen in Niedersachsen und Hessen planen, die "Schuldenbremse" auch in die jeweiligen Landesverfassungen aufzunehmen. Damit wäre sie rechtlich gleich doppelt abgesichert: Über das Grundgesetz und über die jeweilige Landesverfassung. In Hessen findet hierzu am 27. März eine Volksabstimmung statt.

Die "Schuldenbremse" wird nicht die Schulden bremsen, sondern unsere Zukunft. Sie ist eine Zukunftsbremse und gehört deshalb vom Tisch - in Hessen, in Niedersachsen und in Deutschland. Der folgende Artikel zeigt anhand von drei Mythen, weshalb es gilt, die "Schuldenbremse" zu verhindern.

Mythos 1: Explodierende Ausgaben seien Ursache der zunehmenden Staatsverschuldung

Der politische Diskurs in Deutschland dreht sich seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten um angeblich zu hohe Ausgaben der öffentlichen Hand. Die Konsequenzen dessen scheinen klar: Nur durch Ausgabenkürzungen, so wird behauptet, seien ausgeglichene Haushalte erreichbar. Nicht zuletzt die "Schuldenbremse" wird daher den Druck auf die Ausgaben-seite massiv verstärken.

Von einem starken Anstieg der Ausgaben kann allerdings weder in Deutschland insgesamt noch in Hessen oder Niedersachsen die Rede sein. Ganz im Gegenteil verfolgen alle drei seit Jahren eine sehr zurückhaltende Ausgabenpolitik. In den Jahren 1998 bis 2008 stiegen die Staatsausgaben hierzulande nominal um durchschnittlich 1,4 Prozent pro Jahr. Real, also inflationsbereinigt, entspricht dies sogar einem Rückgang der jährlichen Ausgaben um durchschnittlich 0,2 Prozent. Außer Japan weist kein anderes Industrieland einen solchen Rückgang der Staatsausgaben auf (Tabelle 1). Die EU insgesamt kann beispielsweise auf ein Wachstum der staatlichen Ausgaben von 4,3 Prozent nominal und 1,5 Prozent real verweisen. In den USA lagen diese Werte bei 6,3 bzw. 3,4 Prozent.

Von "explodierenden" Staatsausgaben in Deutschland kann vor diesem Hintergrund nicht gesprochen werden. Dies gilt aber nicht nur für die Bundesrepublik, sondern auch



für Niedersachsen und Hessen. In den Jahren vor der Finanz- und Wirtschaftskrise war die Ausgabenpolitik in beiden Bundesländern - auch im internationalen Vergleich - extrem restriktiv. So stiegen die Ausgaben in den Landeshaushalten in den Jahren 2000 bis 2008 jährlich im Durchschnitt nominal nur um 1,6 Prozent (Niedersachsen) bzw. 1,8 Prozent (Hessen), was real in beiden Bundesländern in etwa einer Stagnation entsprach. Dieser Haushaltspolitik lagen massive Kürzungen in den Bereichen Soziales, Umwelt, Bildung und Infrastruktur zu Grunde - Kürzungen, die das Maß des noch Tragbaren oft weit überschritten haben.

Staat / EU	Nominal	Real
EU	4,3	1,5
Lettland	14,7	8,6
Großbritannien	6,7	5,2
Luxemburg	7,6	4,6
Norwegen	6,2	4,2
Slowenien	9,2	3,5
USA	6,3	3,4
Niederlande	4,9	2,5
Finnland	3,9	2,1
Frankreich	3,9	2,0
Schweden	3,5	1,8
Deutschland	1,4	-0,2
Japan	-1,3	-1,1

Tabelle 1: Wachstum der Staatsausgaben 1998-2008 in Prozent pro Jahr. Quelle: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung.

Trotz dieser eindeutigen Zahlen hält sich die Mär von angeblich zu hohen Ausgaben und Ausgabensteigerungen hartnäckig. Als Beleg hierfür wird unter anderem auch behauptet, dass Deutschland einen überdurchschnittlich großen Öffentlichen Dienst habe. Diese Behauptung hält einer genaueren Betrachtung nicht stand. Ganz im Gegenteil hat Deutschland, verglichen mit anderen Industriestaaten, einen nur sehr kleinen öffentlichen Dienst (Tabelle 2). So waren hier im Jahr 2007 nur 14,3 Prozent aller Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst angesiedelt - im gleichen Jahr war dieser Anteil in Schweden mit 33,8 Prozent mehr als doppelt so hoch. Und selbst die USA, die für einen mageren Öffentlichen Dienst bekannt sind, weisen mit 16,4 Prozent höhere Werte aus als Deutschland.

Staat / EU	Jahr	Anteil %
Schweden	2007	33,8
Frankreich	2006	29,0
Niederlande	2007	27,0
Polen	2007	26,3
Großbritannien	2006	20,2
USA	2008	16,4
Australien	2006	15,8
Italien	2008	14,4
Deutschland	2007	14,3

Tabelle 2: Anteil der Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst an allen Arbeitsplätzen in Prozent. Quelle: Internationale Arbeitsorganisation, eigene Berechnung.

Problematisch ist vor diesem Hintergrund nicht die Ausgaben-, sondern vielmehr die Einnahmenseite. Deutschland verfolgt seit Jahren unter verschiedenen Bundesregierungen eine Politik der Steuersenkungen, von denen vorwiegend Gutverdienende, Reiche und Unternehmen profitieren. Die hessischen und die niedersächsischen Landesregierungen der letzten Jahre haben diese Politik mitgetragen. Die wiederholten Steuersenkungen etwa bei der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer oder der Erbschaftsteuer haben in den öffentlichen Haushalten massive Einnahmeausfälle verursacht (Schaubild 1).

Ab dem Jahr 2011 dürften sich diese Ausfälle für den Bundeshaushalt auf bis zu 20 Mrd. Euro pro Jahr belaufen, für den Landeshaushalt Niedersachsens auf über zwei Milliarden Euro. Insgesamt sind dem Bundeshaushalt in den Jahren 2000 bis 2010 durch alle Steuersenkungsmaßnahmen etwa 138 Milliarden Euro Einnahmen entgangen, dem Land Niedersachsen etwa 15 Milliarden Euro. Führt man sich vor Augen, dass Niedersachsen 2009 einen Schuldenstand von 52 Milliarden Euro hatte, so ist rechnerisch zu konstatieren: Mit den entgangenen Einnahmen der Jahre 2000 bis 2010 hätte Niedersachsen 2009 fast 30 Prozent seiner Schulden tilgen können. Und auch in Hessen belaufen sich die Steuerausfälle im Zeitraum 2000 bis 2010 mit 13 Milliarden Euro auf gut 30 Prozent des Schuldenstands im Jahr 2009.

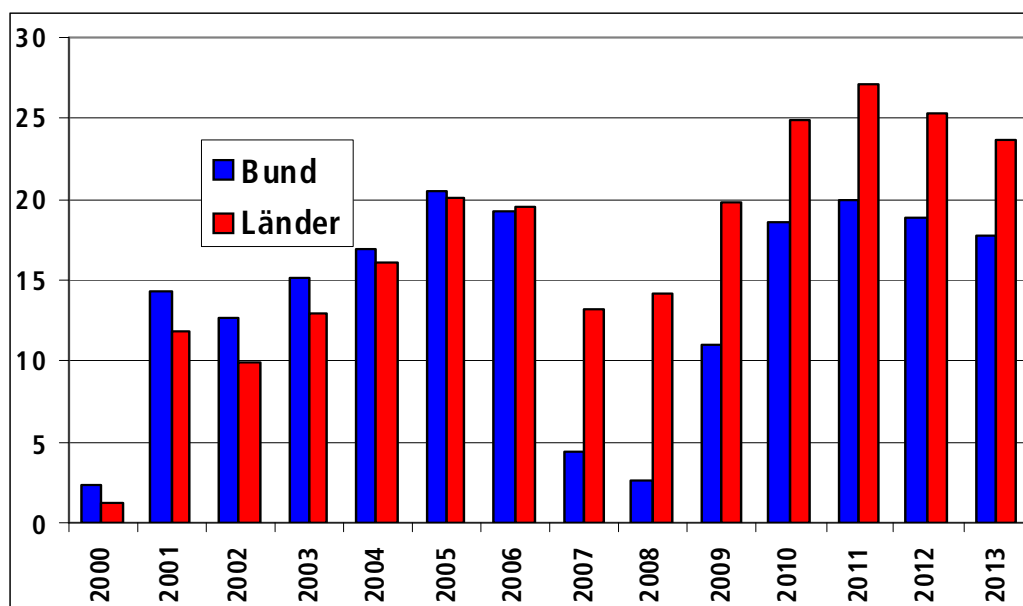


Schaubild 1: Steuerausfälle durch alle Steuersenkungsmaßnahmen seit 2000 in Milliarden Euro. Quelle: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, eigene Berechnungen.

Diese Zahlen zeigen: Durch massive Steuersenkungsmaßnahmen entgeht den öffentlichen Haushalten jährlich ein hoher zweistelliger Milliardenbetrag. Dem gegenüber stehen massive Kürzungen auf der Ausgabenseite. Nicht zu hohe Ausgaben, sondern zu geringe Einnahmen sind das Problem.

Mythos 2: Die "Schuldenbremse" könne die Schulden bremsen

Die Befürworterinnen und Befürworter gehen wie selbstverständlich davon aus, dass die "Schuldenbremse" geeignet sei, die Staatsverschuldung tatsächlich abzubauen. Dieser Annahme ist strikt zu widersprechen - insbesondere, da man in Niedersachsen

und Hessen (wie auch im Bund) versuchen wird, die "Schuldenbremse" über Ausgabenkürzungen zu erreichen. Das ist aber wirtschaftspolitisch völlig kontraproduktiv.

Zunächst ist festzuhalten: Die Tragfähigkeit der Staatsverschuldung hängt von der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, damit der Einkommen und dem daraus fließenden Steueraufkommen ab. Spricht man darüber, die Staatsverschuldung zu reduzieren, so muss dieser Abbau deshalb als Senkung der Schuldenstandsquote verstanden werden. Die Schuldenstandsquote gibt den Anteil der Staatsschulden am Bruttoinlandsprodukt an; sie ist deshalb näherungsweise ein Maßstab dafür, ob ein Staat seinen Schuldendienst aktuell und auf absehbare Zeit leisten kann. In Deutschland lag die Schuldenstandsquote 2009 bei 73,1 Prozent.

Will man die Schuldenstandsquote eines Staates senken, so muss dies ganz offensichtlich so geschehen, dass das Bruttoinlandsprodukt und sein Wachstum nicht gefährdet wird. Genau dies aber ist durch die "Schuldenbremse" zu befürchten. Hierfür lassen sich drei Gründe benennen:

- 1.** Wenn die öffentlichen Haushalte nicht mehr adäquat in Infrastruktur investieren, sondern bei Investitionsausgaben sparen, so droht ein Verfall von Straßen, Schienen und Leitungsnetzen. Auf diese aber sind Unternehmen angewiesen.
- 2.** Wenn die öffentlichen Haushalte Ausgaben kürzen, so bricht die staatliche Nachfrage weg. Da die öffentliche Hand aus volkswirtschaftlicher Perspektive ein großer, wichtiger Nachfrager ist, wirkt der Einbruch der staatlichen Nachfrage wachstumshemmend.
- 3.** Wird die staatliche Umverteilung von wohlhabenderen zu ärmeren Menschen eingeschränkt, so ergibt sich ein zusätzlicher Rückgang der Nachfrage, der das Wachstum gefährdet - denn die Nachfrage durch Wohlhabende ist geringer als die Nachfrage durch ärmere Menschen.

Der Staat ist ein wichtiger wirtschaftlicher Akteur - dies ist nicht zuletzt in der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise mehr als deutlich geworden. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sollte also - erstens - zum richtigen Zeitpunkt und - zweitens - vorwiegend über die Einnahmeseite erfolgen.

Ein Beispiel hierfür: Deutschland hat eine Phase hinter sich, in der durch massive Kürzungen auf der Ausgabenseite versucht wurde, die Staatsverschuldung abzubauen.

Gemeint sind die Jahre 2001 bis 2005 - eine Phase, die nur durch einen dann einsetzenden, exportgetriebenen Aufschwung beendet wurde. Die damalige rot-grüne Bundesregierung versuchte, durch eine sehr restriktive Ausgabenpolitik die vom Stabilitäts- und Wachstumspakt der Europäischen Union vorgegebene Defizitgrenze von maximal 3,0 Prozent des Bruttoinlandsprodukts einzuhalten. Die Landesregierungen von Hessen und Niedersachsen schlossen sich diesem Vorhaben an. Das Ergebnis war verheerend: Das jährliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts erreichte für einen Fünf-Jahres-Zeitraum historisch schlechte Werte. Aufgrund der wegbrechenden Steuereinnahmen konnte die Euro-Defizitgrenze ab 2002 vier Jahre in Folge nicht eingehalten werden. Die Schuldenstandsquote aber stieg auf einen damaligen neuen Höchstwert (Schaubild 2).

Der Versuch, sich aus Schulden "herauszusparen", ist damals gescheitert. Er wird immer wieder scheitern, wenn versucht werden sollte, die "Schuldenbremse" über Ausgabenkürzungen einzuhalten. Genau dies aber ist unter den gegebenen politischen Verhältnissen zu erwarten.

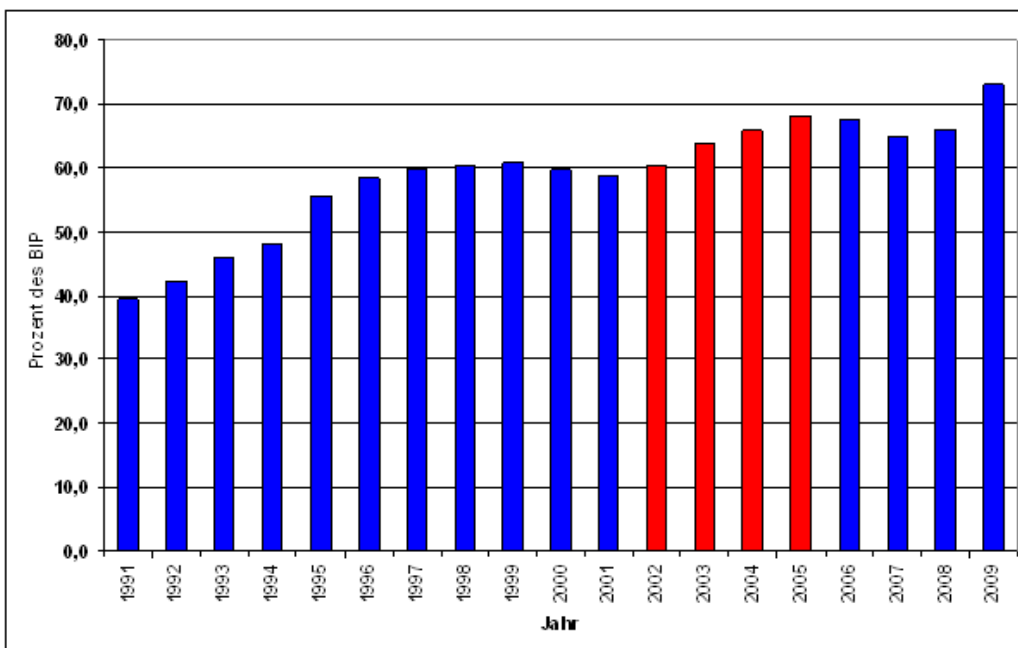


Schaubild 2: Deutsche Schuldenstandsquote 1991-2008 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts.  
Quelle: Statistisches Bundesamt, Eurostat.

Mythos 3: Die Ausnahmeregelungen der "Schuldenbremse" gewährleisteten staatliche Handlungsfähigkeit

Befürworterinnen und Befürworter der "Schuldenbremse" versuchen, die Kritik an diesem fragwürdigen Instrument zu widerlegen, indem sie auf zahlreiche Ausnahme-

regelungen verweisen. Tatsächlich sieht die "Schuldenbremse" zwei voneinander zu unterscheidende Mechanismen vor, die auch weiterhin eine gewisse Verschuldung zulassen:

**1.** Die wirtschaftliche Konjunktur unterliegt beständigen Schwankungen. Die "Schuldenbremse" erlaubt zur Stützung der Konjunktur weiterhin, in konjunkturellen Abschwungphasen neue Schulden aufzunehmen, sofern diese in konjunkturell besseren Zeiten wieder getilgt werden.

**2.** Bei Naturkatastrophen und außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen, ist die Aufnahme neuer Schulden erlaubt. Deren Abbau muss in einem Tilgungsplan verbindlich geregelt werden. Als so eine Notsituation kann auch eine massive Finanz- und Wirtschaftskrise gelten, wie wir sie derzeit erleben.

Beide Ausnahmeregelungen gehen im Grundsatz in die richtige Richtung, weil mit ihnen angestrebt wird, die Handlungsfähigkeit von Bund und Ländern zu erhalten. Es ist deshalb im Grundsatz auch richtig, diese Ausnahmeregelungen in Landesrecht zu überführen - denn nur dann gelten sie auch für Hessen und Niedersachsen. Allerdings muss dies keineswegs schon jetzt und keineswegs in der harten Form einer Verfassungsänderung erfolgen. Schließlich gilt die "Schuldenbremse" erst ab 2020, und es ist - auch dank einer Klage Schleswig-Holsteins vor dem Bundesverfassungsgericht - keineswegs sicher, dass die "Schuldenbremse" im Grundgesetz 2020 noch besteht.

Es muss zudem gesehen werden, dass beide Ausnahmeregelungen nicht ausreichen, um die Handlungsfähigkeit des Staates sowie Arbeitsplätze und wirtschaftlichen Wohlstand tatsächlich zu erhalten. Die zweite Ausnahmeregelung, die bei Naturkatastrophen und außergewöhnlichen Notsituationen die Aufnahme neuer Schulden erlaubt, beinhaltet das Risiko, dass aus ideologischen Gründen (der grundsätzlichen Ablehnung einer Neuverschuldung mit Hinweis auf das übergeordnete Ziel eines ausgeglichenen Haushalts) nicht adäquat auf Krisensituationen reagiert wird. So ist es kein Zufall, dass die "Schuldenbremse" ausgerechnet 2009 beschlossen wurde, im Jahr des bisherigen Höhepunkts der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise. Die sich durch diese Krise abzeichnende, enorme Neuverschuldung war eine ganz wesentliche Motivation dafür, die Hürden für solch enorm teuren Konjunkturpakete, Bürgschafts- und Kreditprogramme zukünftig zu erhöhen.

Hinzu kommt die Verpflichtung, zum Abbau der Neuverschuldung von Beginn an Tilgungspläne vorzulegen und zu verfolgen: Es liegt in der Natur von Katastrophen und Wirt-

schaftskrisen, dass ihre Entwicklung nicht vorhersehbar ist. Zu starre Tilgungspläne könnten ein zu rasches und damit letztlich kontraproduktives Abbauen der Neuverschuldung erzwingen.

Noch sehr viel gravierender aber sind die negativen Folgen, die die erste der beiden oben aufgeführten Ausnahmeregelungen zeitigen wird. Sie sieht vor, dass sich die öffentlichen Haushalte in konjunkturell schlechten Zeiten verschulden dürfen, sofern diese neuen Schulden in konjunkturell besseren Zeiten wieder abgebaut werden. Eine solche Regelung erfordert es, zwischen konjunkturunabhängigen (strukturellen) und konjunkturabhängigen Bestandteilen eines Haushaltsdefizits zu unterscheiden.

Die grundsätzliche wirtschaftspolitische Problematik liegt nun allerdings darin, dass es schlicht unmöglich ist, zwischen einer strukturellen und einer konjunkturellen Verschuldung zu unterscheiden. Derzeit sind mehrere Rechenverfahren in der Diskussion, mit denen genau dies versucht wird. Keines von ihnen ist in der Lage, die strukturelle Verschuldung so zu berechnen, dass deren Werte tatsächlich unabhängig von konjunkturellen Schwankungen sind. Das aber wäre logische Voraussetzung dafür, von struktureller Verschuldung zu sprechen, denn "strukturell" meint ja nun gerade konjunktur-unabhängig. An dieser Stelle kurz hinzugefügt sei, dass diese Abgrenzungsproblematik zumindest im hessischen Entwurf für eine "Schuldenbremse" durch äußerst vage und verwässernde Formulierungen verschärft wird, wie der Rechtswissenschaftler Günter Frankenberg in einem Gutachten festgestellt hat.

Der niedersächsische Landesrechnungshof hat in einer "Beratenden Äußerung" an den Landtag versucht, die strukturelle Komponente im niedersächsischen Haushaltsdefizit der Jahre 2006 bis 2014 zu berechnen. Auch hier zeichnen sich deutliche Schwankungen ab: In den Jahren 2006 bis 2008 ist das strukturelle Defizit in Niedersachsen nach diesen Berechnungen zurückgegangen. Hingegen soll das strukturelle Defizit in den Jahren 2009 und 2010 enorm angestiegen sein - ein Defizit, das eindeutig konjunktur-induziert war, Stichwort Finanz- und Wirtschaftskrise. Schon die bloße Tatsache, dass das strukturelle Defizit im Konjunkturverlauf schwankt, weist deutlich darauf hin, dass die Strukturkomponente als solche nicht eindeutig festzustellen ist. Die entsprechend berechneten Werte enthalten stets auch konjunkturelle Bestandteile, wie der Landesrechnungshof auch selbst einräumen muss.

Diese konjunkturellen Schwankungen finden sich auch in Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschungen (Schaubild 3). Mit Hilfe eines anderen

Verfahrens hat das Institut versucht, rückwirkend für 2001 bis 2008 die strukturelle und die konjunkturelle Komponente im niedersächsischen und hessischen Haushaltsdefizit zu berechnen. Auch hier zeigt sich: Eine strukturelle Komponente, die unabhängig von konjunkturellen Einflüssen wäre, lässt sich nicht bestimmen.

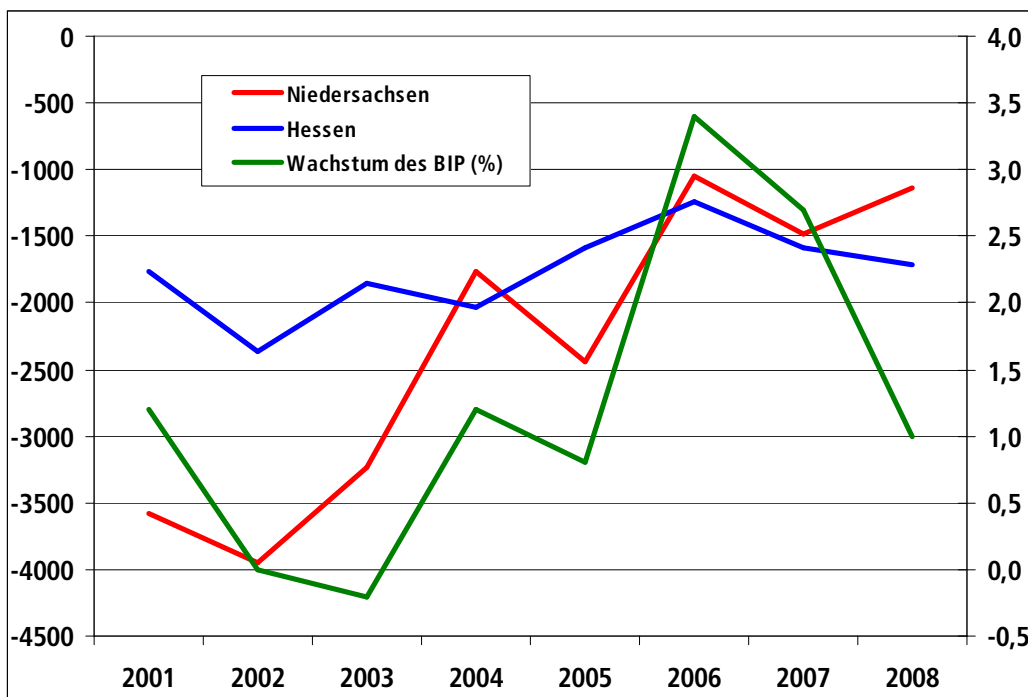


Schaubild 3: Schwankungen des BIP-Wachstums sowie des "strukturellen" Defizits in den Landeshaushalten Niedersachsens und Hessens 2001-2008 nach Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung. Quelle: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Statistisches Bundesamt, eigene Darstellung.

Offensichtlich wird bei solchen Berechnungen ein Teil des konjunkturellen Defizits in ein strukturelles Defizit umgedeutet. Es lässt sich nachweisen, dass dieser Effekt um so größer ist, je länger eine konjunkturelle Phase dauert. Die Folge dieses Effektes ist, dass die "Schuldenbremse" entgegen ihrer eigentlichen Intention prozyklisch wirkt: Im Konjunkturabschwung sind die öffentlichen Haushalte zu früh gezwungen, Ausgaben zu kürzen und Defizite zu reduzieren. Dies würgt die Konjunktur zusätzlich ab. Im Konjunkturaufschwung hingegen können sich die Haushalte noch verschulden, obwohl eigentlich eine frühere Reduktion des Defizits angemessen wäre.

Demzufolge ist das oben genannte Argument falsch: Weder die Ausnahmeregelungen bei Naturkatastrophen und Wirtschaftskrisen noch die Ausnahmeregelung bei konjunkturellen Schwankungen können die Handlungsfähigkeit des Staates sicherstellen. Ganz im Gegenteil erzwingt die "Schuldenbremse" in wirtschaftlichen Schwächephase und Krisen eine übermäßig sparsame Ausgabenpolitik, in guten Phasen hingegen droht die Verpflichtung zur Reduktion des Defizits zu spät einzusetzen.

# Niedriglöhne in Deutschland und in Hessen

Von Kai Eicker-Wolf

Wer sich mit Verteilungsfragen in Deutschland beschäftigt - egal ob es um die Verteilung von Einkommen oder Vermögen geht - kommt immer zum gleichen Ergebnis: Es ist ein eindeutiger Trend zu einer immer größeren Ungleichverteilung auszumachen. Dabei spielen die schwachen Lohnanstiege der vergangenen Jahre - zwischen 2004 und 2008 waren im Durchschnitt sogar Reallohnverluste zu verzeichnen - eine wichtige Rolle. Die extrem schlechte Entwicklung der Konsumnachfrage in Deutschland seit Beginn des neuen Jahrtausends hat hierin ihre Ursache.

Wird die Lohnentwicklung genauer unter die Lupe genommen, dann zeigt sich eine zunehmende Spreizung der Löhne - das heißt, Reallohnverluste sind vor allem im unteren Lohnbereich zu verzeichnen, allerdings reichen sie bis in die mittleren Lohngruppen hinein.

## Der wachsende Niedriglohnsektor in Deutschland

Niedrig- und Armutslöhne sind in den letzten Jahren zum Dauerthema geworden. Diskutiert wird insbesondere über die Frage, wie auf die zunehmende Verbreitung von Dumpinglöhnen politisch reagiert werden soll. Dass sich Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland rasant ausgebreitet hat, wird nicht mehr ernsthaft in Zweifel gezogen - es gibt mittlerweile genug Studien, die dies belegen.

Es ist international üblich, die Niedriglohnschwelle bei zwei Dritteln des Medianlohns anzusetzen, d.h. wer weniger als zwei Drittel des Medianlohns verdient, ist im Niedriglohnsektor beschäftigt. Der Median ist eine statistische Größe und bezeichnet die Grenze zwischen zwei gleich großen Hälften. Sortiert man eine Reihe von Messwerten der Größe nach, so ist der Wert, der genau in der Mitte dieser Reihe liegt und sie in genau zwei gleich große Teile gliedert, der Median.

Auf Basis dieser Niedriglohnschwellen-Definition hat das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) ermittelt, dass ab dem Ende der 1990er Jahre eine erhebliche Ausweitung von Niedriglohnbeschäftigung zu beobachten ist - in der Abbildung 1 ist diese Entwicklung dargestellt: Danach ist der Niedriglohnanteil von 15 Prozent im Jahr 1998 auf gut 21 Prozent im Jahr 2006 gestiegen. Zwar ist im Laufe der Jahre 2006 bis 2008 der Anteil von Niedriglohn- an der Gesamtbeschäftigung leicht gesunken. Trotz dieses gesunkenen



Anteilswertes hat sich nach 2006 aber die absolute Zahl der Personen erhöht, die zu Niedriglöhnen arbeiten - und zwar um etwa eine halbe Million. Insgesamt haben im Jahr 2008 rund 6,6 Millionen Beschäftigte im Niedriglohnsektor gearbeitet - fast 2,3 Millionen mehr als noch 1998.

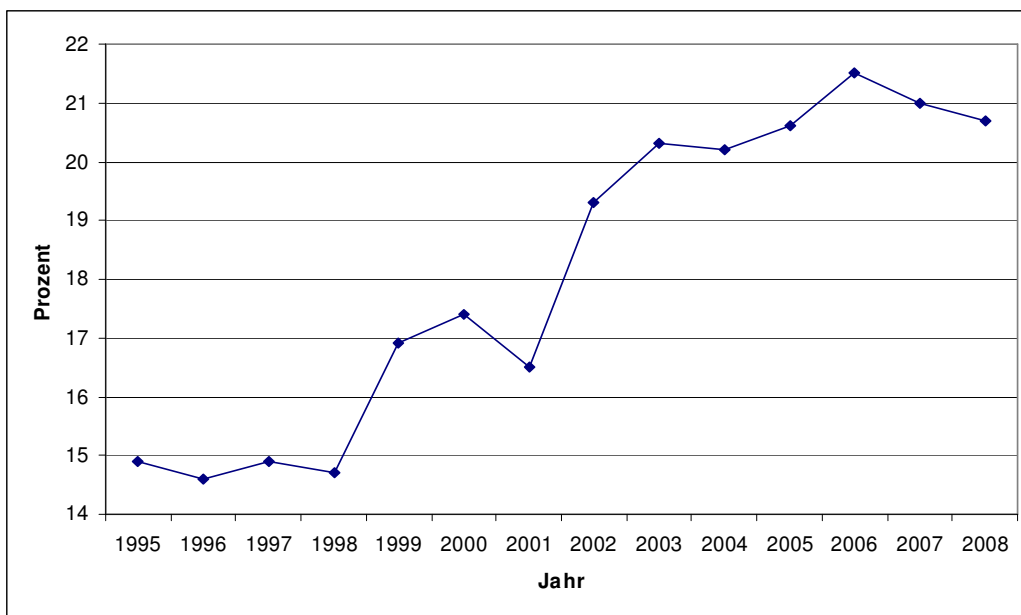


Abbildung 1: Niedriglohnanteil in Deutschland im Zeitverlauf (abhängig Beschäftigte, inkl. Teilzeit und Minijobs, in Prozent). Der gesamtdeutsche Niedriglohnanteil basiert auf nach Ost-/Westdeutschland getrennten Niedriglohnschwellen. Quelle: Institut Arbeit und Qualifikation, eigene Darstellung.

Im Niedriglohnsektor selbst ist ebenfalls eine zunehmende Ausdifferenzierung bzw. ein starkes "Ausfransen" des Lohnspektrums nach unten feststellbar. So verdienten im Jahr 2008 3,6 Prozent aller Beschäftigten (1,15 Millionen Personen) weniger als 5 Euro und 6,7 Prozent (2,1 Millionen Personen) weniger als 6 Euro pro Stunde. Das heißt mit anderen Worten, dass im Niedriglohnsektor gut ein Drittel der Beschäftigten sehr niedrige Löhne bezieht. Besonders stark verbreitet sind extrem geringe Stundenlöhne in Ostdeutschland.

Vertreter von Arbeitgeberverbänden setzen gerne die Behauptung in die Welt, dass der Niedriglohnsektor vielen Menschen den Einstieg in die Erwerbstätigkeit erst ermögliche, und dass diese Personen dann nach einiger Zeit ihren Verdienst steigern und so aus dem Niedriglohnsegment herauskommen könnten. Mit der Realität hat dies wenig bis gar nichts zu tun: Wer einen Niedriglohn bezieht, hat tatsächlich nur begrenzte Aufstiegsmöglichkeiten. Im europäischen Vergleich fällt nach Untersuchungen des bei der Bundesagentur für Arbeit angesiedelten Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) die deutsche Aufstiegsmobilität besonders schlecht aus.

Des Weiteren wird gerne behauptet, dass im Niedriglohnssektor vor allem Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung arbeiten, was dann die niedrige Bezahlung berechtigt erscheinen lassen soll. Aber auch diese These ist falsch: Rund 80 Prozent der Niedriglohnbeschäftigten verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung (72 Prozent) oder einen Hochschulabschluss (8 Prozent). Dabei ist der Anteil der qualifizierten Niedriglohnbezieherinnen und -bezieher seit 1995 um 10 Prozent gestiegen, das heißt, der Niedriglohnssektor besteht zunehmend aus gut qualifizierten Personen. Zudem ist Niedriglohnbeschäftigung vor allem weiblich: Der Anteil von Frauen am Niedriglohnssektor beläuft sich auf fast 70 Prozent - das entspricht 4,5 Millionen Personen. Damit arbeitet fast jede dritte erwerbsfähige Frau im Niedriglohnsegment. Von besonders niedrigen Löhnen sind Frauen ebenfalls überproportional stark betroffen: Fast 6 Prozent aller weiblichen Beschäftigten bezogen einen Lohn unter 5 Euro pro Stunde (Männer 1,6 Prozent). Für einen Stundenlohn von weniger als 6 Euro arbeiten 10 Prozent aller Frauen (Männer: 3,6 Prozent).

### Niedriglöhne in Hessen

Für das Bundesland Hessen hat das IAQ im Auftrag des ver.di Landesbezirks Hessen und des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen neue Zahlen zum Niedriglohnssektor ermittelt. Zur Abgrenzung von Niedriglohnjobs wurde die oben beschriebene OECD-Definition

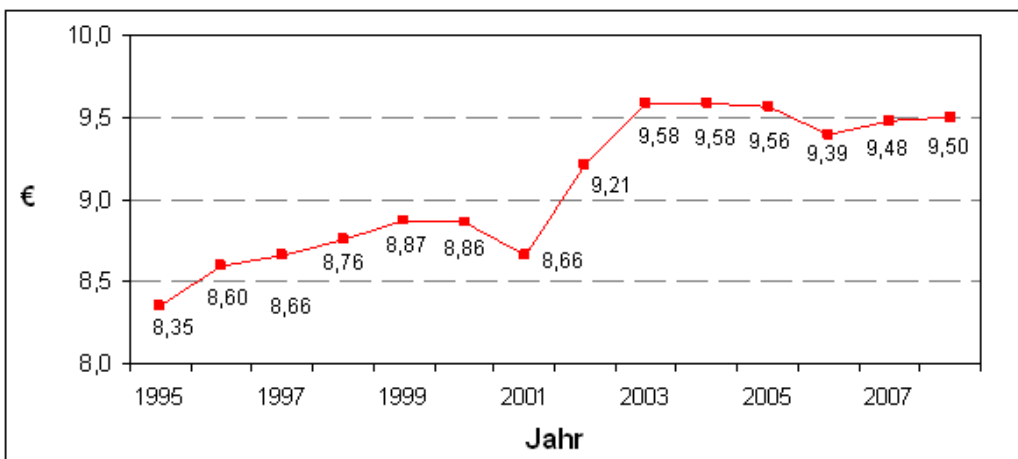


Abbildung 2: Die Niedriglohnschwelle in Westdeutschland 1995-2008. Quelle: Institut für Arbeit und Qualifikation, eigene Darstellung.

verwendet: Demnach liegt die Niedriglohnschwelle bei zwei Dritteln des Medianlohnes (mittlerer Stundenlohn). Dabei wird für Hessen keine eigene Niedriglohnschwelle zugrunde gelegt, sondern die Niedriglohnschwelle Westdeutschlands übernommen (Abbildung 2).

Die Auswertungen konzentrieren sich auf den Kernbereich der Beschäftigten. Personengruppen, die regelmäßig nur einer Nebentätigkeit nachgehen (Schülerinnen und Schüler, Studierende, Rentnerinnen und Rentner) oder für die sich keine Stundenlöhne berechnen lassen (z.B. Selbständige), wurden aus der Analyse ausgeklammert. Nicht einbezogen wurden auch Teilnehmerinnen und Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (z.B. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder Arbeitsgelegenheiten, das heißt so genannte Ein-Euro-Jobs). Damit wird das gesamte Ausmaß der Niedriglohnbeschäftigung eher unter- als überschätzt.

Aus statistischen Gründen erfolgt die Auswertung für Hessen auf der Basis gepoolter Zeiträume, das heißt, es wurden mehrere Jahre zusammengefasst. Die Entwicklung der westdeutschen Niedriglohnschwelle von 1995-2008 ist Abbildung 3 zu entnehmen.

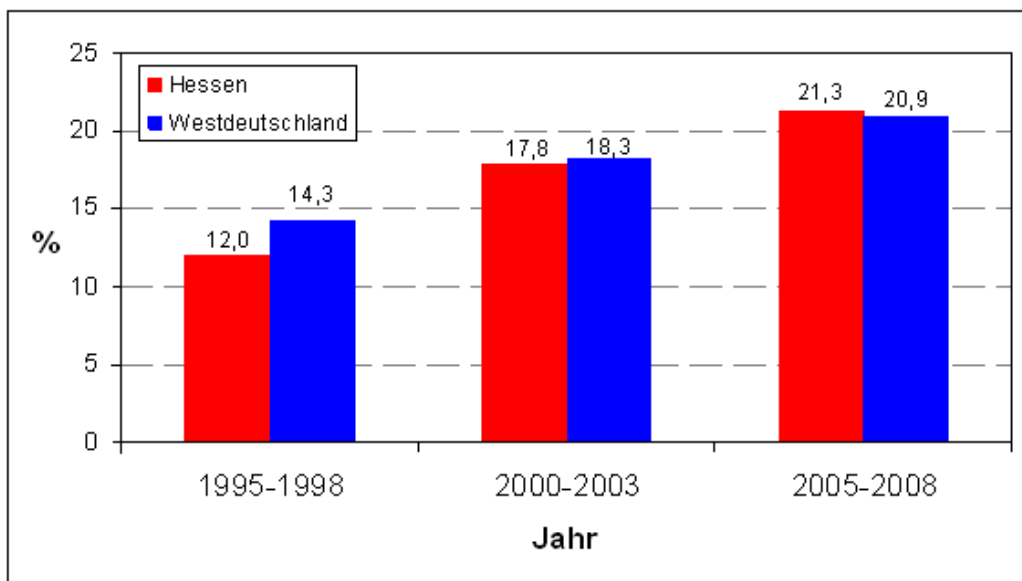


Abbildung 3: Der Niedriglohnanteil in Westdeutschland und Hessen 1995-2006 (in Prozent). Quelle: Institut für Arbeit und Qualifikation, eigene Darstellung.

Genau wie in Westdeutschland ist der Niedriglohnsektor auch in Hessen seit Mitte der 1990er Jahre gewachsen, und zwar von 12 Prozent in den Jahren 1995-1998 auf 21,3 Prozent in den Jahren 2005-2008 (Abbildung 4). Damit ist der hessische sogar etwas größer als der westdeutsche Niedriglohnsektor. Dabei ist zu bedenken, dass Hessen im Bundesländervergleich der wirtschaftsstärkste Flächenstaat ist und sich der hessische Durchschnittslohn ebenfalls in der Spitzengruppe befindet: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt je Erwerbstätigem bzw. je Einwohner um 16 bzw. 22 Prozent über dem gesamtdeutschen Durchschnitt, und hessische Beschäftigte verdienen im Durchschnitt 10 Prozent mehr pro Arbeitsstunde als deutsche Durchschnittsverdienende. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Tatsache, dass für Hessen die westdeutsche

Niedriglohnschwelle zugrunde liegt, ist der Umfang des hessischen Niedriglohnsektors überraschend groß.

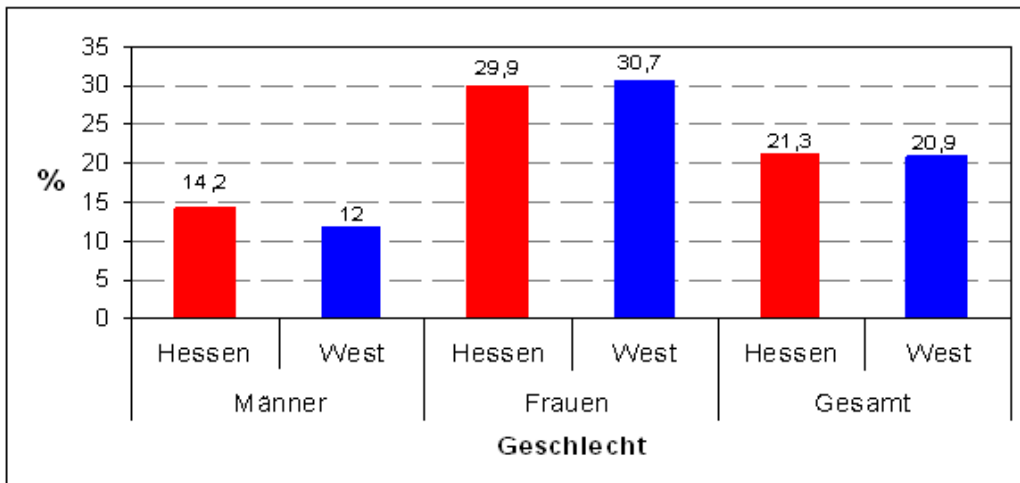


Abbildung 4: Niedriglohnanteil nach Geschlecht in Westdeutschland (West) und in Hessen (2005-2008, in Prozent).  
Quelle: Institut Arbeit und Qualifikation, eigene Darstellung.

Von Niedriglohnbeschäftigung sind Frauen in deutlich stärkerem Umfang betroffen als Männer. Während 14,2 Prozent aller Männer in Hessen im Niedriglohnsektor beschäftigt werden, sind dies mit rund 30 Prozent fast ein Drittel aller Frauen.

Zahlenmäßig relevante Anteile von Niedriglohnbezieherinnen und -bezieher befinden sich in allen Altersgruppen, wobei der größte Anteil auf die Altersgruppe der unter 25-Jährigen entfällt. Deutlich stärker als Deutsche sind Ausländerinnen und Ausländer von Niedriglöhnen betroffen. Einen wesentlichen Einfluss auf den Niedriglohnanteil an den Lohn- und Gehaltsbezieher hat auch die Unternehmensgröße: Je geringer die Zahl der Beschäftigten ist, desto mehr Personen arbeiten zu Niedriglöhnen, das heißt, mit zuneh-

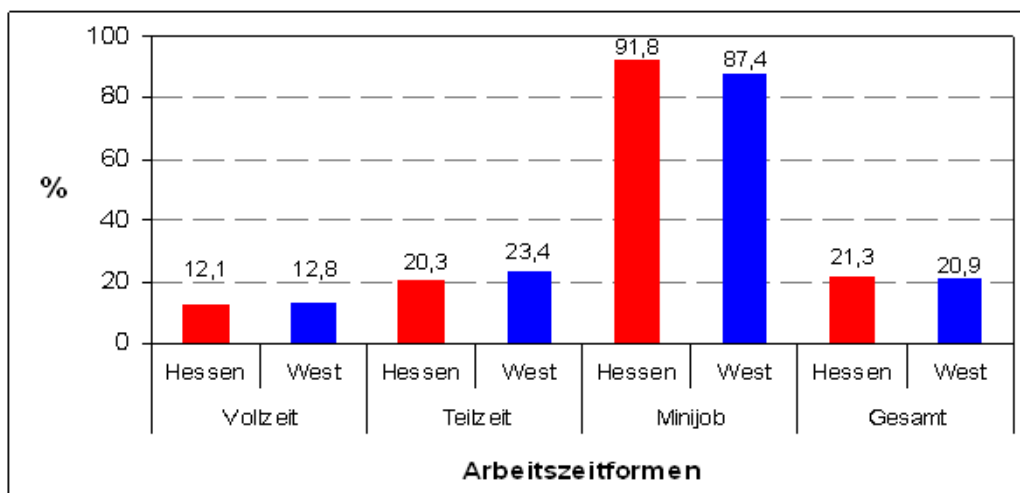


Abbildung 5: Niedriglohnanteil nach Arbeitszeitform in Westdeutschland (West) und in Hessen (2005-2008, in Prozent).  
Quelle: Institut für Arbeit und Qualifikation, eigene Darstellung.

mender Unternehmensgröße sinkt der Anteil der Niedriglohnbezieherinnen und -bezieher an der Gesamtbeschäftigung im Unternehmen.

Wird die Arbeitszeitform als Unterscheidungskriterium gewählt, dann fällt der hohe Niedriglohnanteil von gut 90 Prozent bei den Minijobs auf (Abbildung 5). Aber auch bei den Teilzeit- bzw. Vollzeitbeschäftigten ist dieser Wert mit über 20 bzw. 12 Prozent nicht klein. Den größten Anteil am gesamten hessischen Niedriglohnbereich hat mit 18,7 Prozent der Einzelhandel.

#### Ursachen für das Wachstum des Niedriglohnsektors

Die Ausweitung des Niedriglohnsektors hat verschiedene Ursachen. Eine wichtige Rolle für die Zunahme von Beschäftigung zu Löhnen unterhalb der Niedriglohnschwelle spielen arbeitsmarktpolitische Weichenstellungen der jüngsten Vergangenheit. Insbesondere ist in diesem Zusammenhang die Hartz-Gesetzgebung zu nennen. So wurden im Zuge von Hartz I wesentliche Restriktionen im Bereich der Leiharbeit aufgehoben. Seitdem ist die Leiharbeit sprunghaft angestiegen, und nach der jüngsten Wirtschaftskrise wird das Niveau des Jahres 2008 mit mehr als 800.000 Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern schon im laufenden Jahr wieder erreicht. Einen wesentlichen Beitrag zum Anstieg der Niedriglohnbeschäftigung haben daneben auch die im Zuge von Hartz II eingeführten Minijobs geleistet. Als Minijobs - die offizielle Bezeichnung lautet geringfügige Beschäftigung - gelten Beschäftigungsverhältnisse, deren Arbeitsentgelt 400 Euro pro Monat nicht übersteigt. Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fallen keine Abgaben an, so dass diese ihr Arbeitsentgelt brutto für netto erhalten. Dies wird von der Arbeitgeberseite häufig dazu benutzt, Minijobberinnen und -jobbern im Vergleich zu sozialversicherungspflichtigen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten geringere Stundenlöhne zu zahlen.

Neben den Hartz-Gesetzen spielen auch Veränderungen in der deutschen Tariflandschaft eine Rolle bei der Ausweitung des Niedriglohnbereichs. Zu nennen ist insbesondere der Rückgang der Tarifbindung. Diese hat auch deshalb abgenommen, weil die Zahl der Allgemeinverbindlicherklärungen von Tarifverträgen aufgrund der zunehmenden Blockadehaltung der Arbeitgeberseite in den entsprechenden Ausschüssen der Arbeitsministerien gesunken ist.

Als weitere Gründe für das Wachstum des Niedriglohnsektors sind die Privatisierung von Aufgaben, die vormals durch die öffentliche Hand wahrgenommen wurden, und das

Regionales

WISO-Info 1/2011

21

so genannte Outsourcing zu nennen. Privatisierungen von vormals staatlich erbrachten Dienstleistungen gehen so gut wie immer mit verschlechterten Arbeitsbedingungen, aber auch mit einer negativen Beschäftigungsentwicklung einher, die in der Regel auch nicht durch neue Arbeitsplätze im privaten Bereich ausgeglichen wird. Zwar kommt es kurzfristig meist ebenso wenig zu einer unmittelbaren Ausdehnung der Regelarbeitszeit wie zu einer direkten Lohnkürzung. Jedoch sinken die Löhne mittel- bis langfristig, da von der Dauer der Beschäftigung abgeleitete Lohnerhöhungen und -kategorien abgeschafft werden, Neueinsteigende schlechtere Tarif- und Arbeitsverträge sowie niedrigere Einkommen erhalten, Zulagen gekürzt und innerbetriebliche Sozialleistungen sowie Betriebspensionen reduziert werden. Zudem geraten bestehende Kollektivverträge unter Druck. Private Unternehmen unterliegen oft keinen oder ungünstigeren Tarifverträgen. Folge hiervon ist Lohndumping und die Entstehung von Niedriglohnbereichen.

An letzter Stelle sei als Ursache für die Zunahme von Niedriglohnbeschäftigung noch auf das so genannte Outsourcing, also die Auslagerung von Unternehmensaufgaben, hingewiesen. Die entsprechende Leistung wird nach dem Outsourcing nicht mehr selbst erbracht, sondern von Fremdfirmen bezogen. Outsourcing zielt auf die Reduzierung von Kosten, indem Tätigkeiten durch die Auslagerung aus dem Hoch- und Mittellohnbereich in den Niedriglohnbereich verschoben werden. Beispiele für Outsourcing sind im Hotelgewerbe (Zimmerreinigungskräfte) und im Krankenhausbereich (hauswirtschaftliche Tätigkeiten) zu finden, aber in großem Umfang auch in der Industrie (Reinigungskräfte, kaufmännische Dienstleistungen).

Was tun?

Die aufgezählten Ursachen für das Wachstum des Niedriglohnsektors zeigen, dass politische Entscheidungen (Hartz-Gesetze, Privatisierungen) oder das Unterlassen von politischem Handeln (Einführung eines allgemeinen Mindestlohns, Erleichterung von Allgemeinverbindlicherklärungen durch Abschaffung des Vetorechts der Arbeitgeberverbände) für das hohe Ausmaß an Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland verantwortlich sind. Durch einfache gesetzliche Maßnahmen wie eine Re-Regulierung oder ein Verbot von Leiharbeit oder die Abschaffung von Minijobs ließe sich der Niedriglohnsektor leicht zurückdrängen. Ohne politische Auseinandersetzungen, die auch die Interessen und die Machtverhältnisse hinter der immer weiter auseinanderklaffenden Einkommens- und Vermögensverteilung thematisieren, wird sich an dieser Lage allerdings nichts grundsätzlich ändern.

# Zur Situation der beruflichen Ausbildung in Niedersachsen

Von Kerstin Pätzold und Lars Niggemeyer

Die aktuelle Ausbildungsplatzbilanz 2010 gibt keinen Grund zur Entwarnung, auch wenn es seitens der Wirtschaft immer wieder Klagen gibt, dass es zu wenige Bewerberinnen und Bewerber auf dem Lehrstellenmarkt gebe. Bundesweit suchten 552.168 junge Menschen im vergangenen Jahr einen Ausbildungsplatz und haben die Bundesagentur für Arbeit eingeschaltet. Die Wirtschaft bot jedoch nur 425.633 betriebliche Ausbildungsplätze. In Niedersachsen war die Situation nicht besser: 66.104 junge Menschen suchten einen Ausbildungsplatz, jedoch wurden nur 44.119 betriebliche Ausbildungsplätze angeboten. Damit hat sich die Lage im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert: Zwar wurden laut Bundesagentur für Arbeit (BA) rund 2.800 betriebliche Lehrstellen mehr als im Vorjahr angeboten, gleichzeitig hat die Zahl der Bewerber und Bewerberinnen aber um fast 4.800 zugenommen. Pro 100 BewerberInnen standen lediglich 67 Lehrstellen in den Betrieben zur Verfügung. Die Erfolgsmeldungen von Arbeitgebern und BA ("Ausbildungsmarkt entwickelt sich nach der Rezession wieder positiv", PM vom 26.10.) zeichnen somit ein völlig falsches Bild. Aufgrund des Mangels an Ausbildungsplätzen mussten im Ausbildungsjahr 2009/2010 nach Angaben der BA 11.491 junge Menschen in Warteschleifen wie Praktika, Einstiegsqualifizierungen oder Berufsvorbereitungsmaßnahmen ausweichen. Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit verschleierte, dass diese Personen weiterhin einen Ausbildungsplatz suchen, und zählt sie als versorgt. Werden diese 11.491 jungen Menschen mitgezählt, liegt die Summe der unversorgten BewerberInnen bei 12.994 und nicht bei 1.503, wie in der "offiziellen" Zählweise. Zudem werden 25.999 als "andere ehemalige Bewerber" geführt. Ihr Verbleib ist der Agentur unbekannt. Es ist davon auszugehen, dass ein beträchtlicher Teil hiervon resigniert, beispielsweise eine Erwerbstätigkeit als "Ungelernte/Ungelernter" aufgenommen hat und sich nicht mehr bei der Agentur als suchend meldet.

Der doppelte Abiturjahrgang 2011 in Niedersachsen wird dieses Missverhältnis verstärken. Es ist mit einem enormen Andrang bei den Betrieben und Hochschulen zu rechnen. Im nächsten Jahr werden die allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen etwa 113.000 Schüler und Schülerinnen entlassen - rund 23.000 mehr als in diesem Jahr. Erfahrungsgemäß wollen zwischen 50 und 70 Prozent der AbsolventInnen mit Hochschulreife studieren. Die anderen AbiturientInnen, aber auch jene, die keinen Studienplatz bekommen, werden sich um Lehrstellen bewerben. Zudem wird die Aussetzung der Wehrpflicht zu einer zusätzlichen Erhöhung der Nachfrage nach Ausbildungs- und Studienplätzen führen. Bereits jetzt befindet sich jede und jeder dritte Jugendliche im sogenannten Übergangssystem, das keine qualifizierten Berufsabschlüsse vermittelt. Im Jahr

2008 (aktuellste vorliegende Zahlen) haben bundesweit nur 48 Prozent der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss eine Lehrstelle erhalten. Leidtragende des doppelten Abiturjahrgangs werden also insbesondere die jungen Menschen mit Haupt- und Realschulabschluss sein, weil zu erwarten ist, dass die Unternehmen Abiturientinnen und Abiturienten bevorzugen werden, sofern nicht durch Tarifverträge und Vereinbarungen anderes geregelt ist. Positiv hervorzuheben ist hier die aktuelle tarifvertragliche Vereinbarung zur Unterstützung der bildungsbenachteiligten HauptschülerInnen, die die IG Metall mit dem Arbeitgeberverband NiedersachsenMetall abgeschlossen hat.

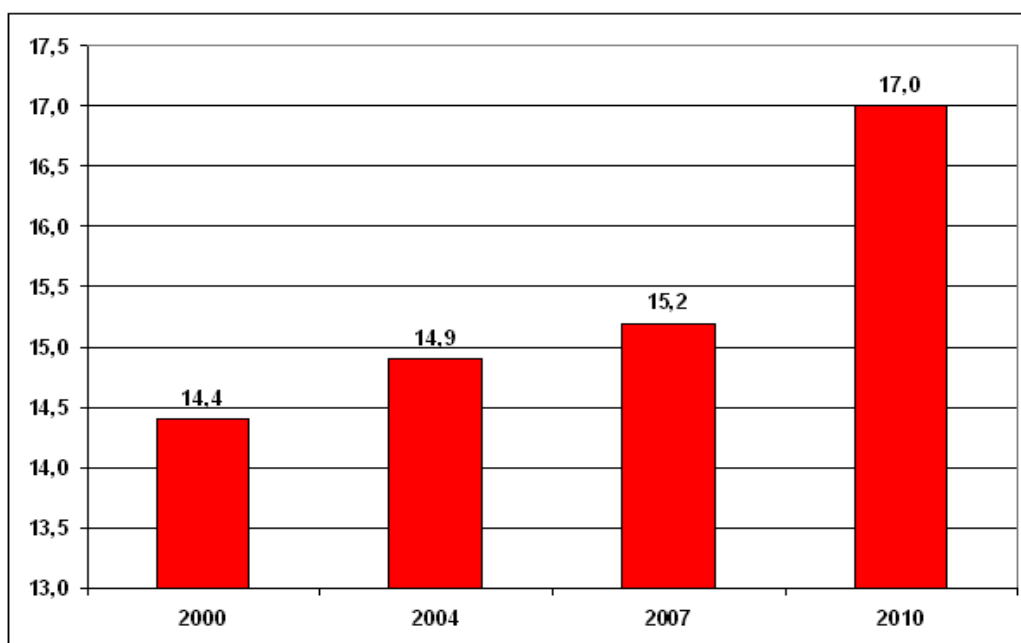


Abbildung 1: Anteil der 20- bis 29-Jährigen ohne Berufsausbildung in Prozent.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bundesinstitut für Berufsbildung, DGB.

Es ist somit zu befürchten, dass das nächste Jahr einen traurigen Höhepunkt der gegenwärtigen Ausbildungsplatzkrise bilden wird. Diese dauert bundesweit nun schon seit 1995 an. Seit damals liegt das Angebot an Ausbildungsplätzen regelmäßig unter dem Bedarf. Die geschlossenen Vereinbarungen zwischen Wirtschaft und Politik zur Behebung der Krise blieben weitgehend wirkungslos. Inzwischen sind 1,5 Mio. junge Menschen unter 29 Jahren in Deutschland ohne Berufsausbildung. Der Anteil der 20-29-Jährigen ohne Berufsausbildung hat in den letzten Jahren kontinuierlich auf nunmehr 17 Prozent in 2009 zugenommen (Abbildung 1). Aufgrund der fehlenden beruflichen Perspektive ist damit ein großer Teil der Jugend bereits zu Beginn des Arbeitslebens massiv von gesellschaftlicher Ausgrenzung betroffen.

Diese Situation ist unhaltbar. Es ist dringend nötig, einen Politikwechsel einzuleiten, der jedem jungen Menschen einen Ausbildungsplatz garantiert. Mit der Ausbildungsplatzum-



lage steht das geeignete Instrument hierfür bereit: Hierbei zahlen Betriebe, die nicht oder zu wenig ausbilden, in einen Fonds ein, um damit zusätzliche Ausbildung in anderen Betrieben zu finanzieren. Betriebe, die überdurchschnittlich ausbilden, können sich dann ihre zusätzlichen Ausbildungskosten aus dem Fonds erstatten lassen. Dies war auch die Grundidee des "Ausbildungsplatzförderungsgesetzes" vom 7. September 1976. Hier war festgelegt worden, dass eine entsprechende Umlagefinanzierung einsetzen soll, wenn die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze die Zahl der insgesamt nachgefragten Ausbildungsplätze um weniger als 12,5 Prozent übersteigt; das heißt, es sollte mindestens ein Angebot von 112,5 Ausbildungsplätzen pro 100 BewerberInnen zur Verfügung stehen ("auswahlfähiges Angebot"). Aufgrund eines Formfehlers wurde das Gesetz 1980 vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt. Die nachfolgenden Anläufe, die Lehrstellenkrise mit einem Gesetz zur Umlagefinanzierung der Ausbildung zu beenden, sind im Bundestag gescheitert (zuletzt 2004). Dennoch gibt es keinen Grund, an diesem prinzipiell geeigneten Instrument nicht festzuhalten. Nur so kann die Abhängigkeit der Zukunftsaussichten junger Menschen von den Konjunkturen des Ausbildungsmarktes durchbrochen werden.

Die Notwendigkeit eines solchen Schrittes zeigt der Vergleich der Höhepunkte der letzten beiden Konjunkturzyklen. Wurden im Jahr 2000 in Niedersachsen pro 100 Bewerberinnen und Bewerbern "noch" 85 betriebliche Lehrstellen angeboten, waren es 2008 - vor der Krise - nur noch 68 (Abbildung 2). Das Angebot an Lehrstellen durch

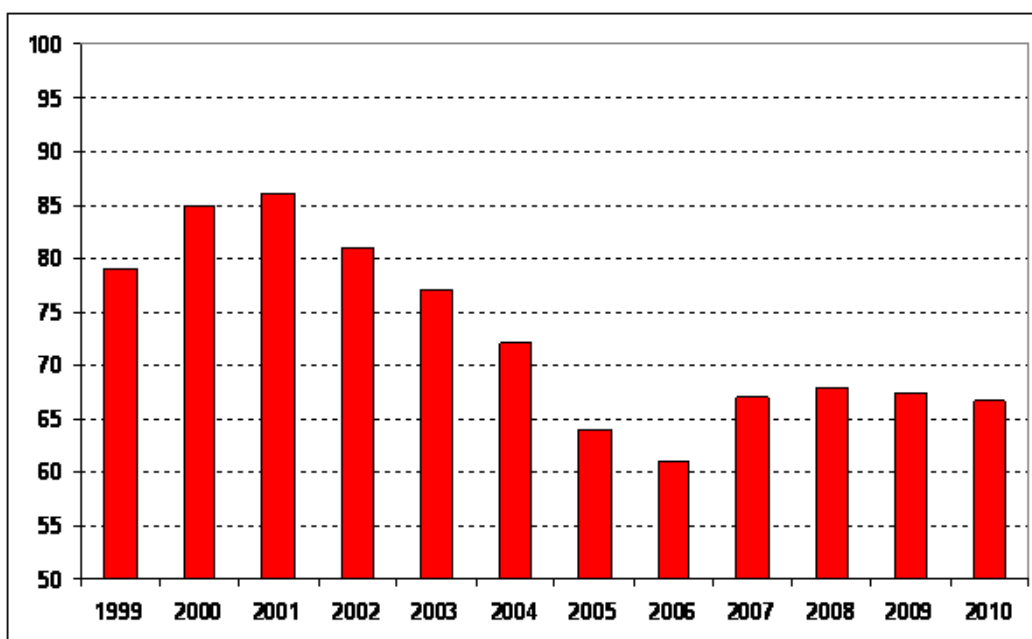


Abbildung 2: Betriebliche Ausbildungsstellen pro 100 BewerberInnen in Niedersachsen.  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

die Arbeitgeber wird also konjunkturzyklusübergreifend schlechter. Auch die demografische Entwicklung wird in Niedersachsen zumindest mittelfristig nicht zu einer Entspannung auf dem Lehrstellenmarkt führen. Erst ab 2017 ist mit einem deutlichen Rückgang der Schulabgangszahlen zu rechnen, für 2020 werden ca. 15 Prozent SchulabgängerInnen weniger erwartet als in diesem Jahr. Dieser Rückgang ist alles andere als dramatisch. Es ist sehr zweifelhaft, dass ohne Umlage im Jahr 2020 ein auswahlfähiges Angebot für die BewerberInnen vorhanden sein wird.

Von Seiten der Arbeitgeber wird gegen diese Zahlen eingewandt, dass viele Betriebe ihre Ausbildungsplätze bei der Bundesagentur für Arbeit nicht melden würden. Hier muss aber eingewandt werden: Entweder wollen sie keine Auszubildenden, oder sie haben auf direktem Weg, ohne die Bundesagentur für Arbeit, Auszubildende bekommen. Im zweiten Fall kann das bedeuten, dass dieser Auszubildende oder diese Auszubildende auch nicht in der Statistik der Suchenden auftaucht. Zudem hat eine Anfrage des DGB an die Betriebe in Hessen gezeigt, dass viele gemeldete freie Ausbildungsstellen überhaupt nicht mehr verfügbar waren.

Häufig wird auch eine mangelnde Ausbildungsreife vieler Bewerberinnen und Bewerber behauptet, um dann darauf hinzuweisen, dass es zu wenige geeignete (!) BewerberInnen gäbe. Aber was genau ist eigentlich "Ausbildungsreife"? Jeder und jede interpretiert das anders: Mal werden soziale Kompetenzen in Frage gestellt, mal geht es um Defizite in der allgemeinen Bildung, mal wird die fehlende Berufsorientierung beklagt. Letztlich ist dies nicht mehr als ein beleidigendes Abwehrargument ohne empirische Grundlage. Den Klagen um die Ausbildungsreife muss nämlich entgegen gehalten werden, dass

- nur diejenigen bei der Bundesagentur als Bewerber oder Bewerberin Eingang in die Statistik finden, die ein dreistufiges Verfahren durchlaufen haben, in dem die BA ihre Ausbildungsreife prüft,
- Tests zeigen, dass es in der Tat teilweise Schwächen bei Rechtschreibung, Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften gibt; gleichzeitig aber sind die Kompetenzen der Jugendlichen bei logischem Denken, bei Problemlösungen, in Englisch und bei der Arbeit mit Computern größer als früher,
- erfolglose Bewerber sich jedes Jahr wieder bewerben; der Anteil dieser "AltbewerberInnen" steigt immer weiter an; zwangsläufig haben Betriebe dann den Eindruck, dass sich immer mehr schwächere Jugendliche bewerben,
- oft so getan wird, als ob die Jugendlichen schon vor Beginn der Ausbildung alles können müssten, was sie in der Ausbildung eigentlich erst lernen sollen; zur Aus-

bildungsreife können aber nur Fähigkeiten zählen, die für alle Ausbildungsberufe wichtig sind und nicht solche, die erst Gegenstand der der Lehre sind,

- einige Betriebe durch das Überangebot an BewerberInnen verwöhnt sind und es für normal halten, aus einer Vielzahl nur die besten aussuchen zu können; ein Rückgang von 20 Bewerbern pro Lehrstelle auf 10 wird von diesen Arbeitgebern häufig als Mangel interpretiert.

Umgekehrt stellt sich natürlich auch die Frage: Wie ausbildungsreif sind die Unternehmen? Der Ausbildungsreport 2010 der DGB-Jugend zeigt, dass es nach wie vor noch erhebliche Mängel in der Ausbildung gibt. Über 10 Prozent der befragten Auszubildenden geben an, dass sie oft oder immer ausbildungsfremde Tätigkeiten verrichten müssen. Das sind mehr als nur Einzelfälle. Auch beklagen über 13 Prozent der Befragten, dass sie selten oder nie durch AusbilderInnen betreut werden. Dramatisch wird es, wenn man sich die Arbeitszeiten anschaut: Knapp 60 Prozent der Befragten gaben an, regelmäßig Überstunden zu machen. Nur etwa 65 Prozent von ihnen wissen, dass sie die Überstunden durch Freizeit oder Bezahlung ausgleichen können. Trotz weit reichender Gesetze gaben 17,4 Prozent der unter 18-jährigen Befragten an, durchschnittlich mehr als 40 Stunden pro Woche zu arbeiten - ein klarer Verstoß gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz.

Eine gute Ausbildung für alle, die an den Interessen und Fähigkeiten junger Menschen anknüpft, ist unsere Antwort auf die Diskussion um den so genannten Fachkräftemangel. Zu einer guten Ausbildung gehört, dass viel gelehrt und gelernt wird, die Auszubildenden sich ausprobieren und entwickeln können, aber auch eine Ausbildungsvergütung, die ein eigenständiges, elternunabhängiges Leben ermöglicht. Zudem müssen die Berufe, die erlernt werden, Perspektiven haben. Das meint nicht nur, dass es in Zukunft in diesen Bereichen Arbeitsplätze gibt, sondern auch, dass die zu erwartende spätere Entlohnung Perspektiven für die Gestaltung des eigenen Lebens eröffnet.

Eine gute Berufsausbildung ist zentral für die Teilhabe an der Gesellschaft. Ohne sie ist das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes für viele junge Menschen ein leeres Versprechen. Das Angebot an Ausbildungsplätzen darf deshalb nicht länger den Marktgesetzen unterworfen bleiben.

# Wessen Interessen vertritt der Bund der Steuerzahler?

Von Kai Eicker-Wolf und Patrick Schreiner

In der Öffentlichkeit hat der 1949 gegründete Bund der Steuerzahler das Image als Schutzpatron aller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Jeweils im Herbst veröffentlicht er sein "Schwarzbuch" zur öffentlichen Verschwendung. Es enthält Beispiele für die tatsächliche oder angebliche Verschwendung von Steuergeldern bei Bund, Ländern oder Kommunen. Einen hohen Bekanntheitsgrad hat auch die so genannte "Schuldenuhr": Diese "Uhr" schreibt laufend die Entwicklung der Staatsverschuldung fort. Sie wurde zum Symbol für eine angeblich immer weiter um sich greifende Verschuldung, der Einhalt geboten werden müsse. Besonders medienwirksam ist auch der so genannte Steuerzahlergedenktag: Ab diesem Tag arbeiten die Steuerzahler nach den Berechnungen des Steuerzahlerbunds nicht mehr für den Fiskus, sondern für sich selbst.

Durch eine erfolgreiche Medienarbeit und vermeintlich wissenschaftlich untermauerte Positionen wird der Steuerzahlerbund in Politik und Öffentlichkeit als neutraler und seriöser finanzpolitischer Akteur wahrgenommen. Hierdurch gelingt es ihm, seine letztlich neoliberalen und unsozialen Politikvorstellungen bis weit in linke und linksliberale Organisationen und Parteien hinein zu streuen.

Aktuell ist der Bund der Steuerzahler in der öffentlichen Debatte um die Verankerung der Schuldenbremse in der hessischen Verfassung präsent: Er spricht sich, genau wie die Vereinigung hessischer Unternehmer (VhU), ohne Wenn und Aber für einen solchen Beschluss aus. Auch in diesem Fall ist es dem Steuerzahlerbund aufgrund sehr guter Kontakte zu den Medien gelungen, seine Position wirksam zu platzieren - so ist er aktuell ein in hessischen Zeitungen stark präsent Akteur. In Niedersachsen fand die Kritik des Steuerzahlerbunds, dem die im Sommer 2010 angekündigten massiven Haushaltskürzungen der Landesregierung nicht umfangreich genug waren, mediales Gehör. Grund genug, sich etwas genauer mit dem Bund der Steuerzahler auseinanderzusetzen: Wer hat ihn gegründet, welche politischen Ziele verfolgt er, und wie setzt sich seine Mitgliedschaft zusammen?

## Der Gründer

Gegründet wurde der Steuerzahlerbund von Karl Bräuer (1881-1964). Bräuer gilt dem Steuerzahlerbund noch heute als Person, deren Andenken wach zu halten ist: Das kleine, 1965 gegründete finanzwissenschaftliche Institut des Steuerzahlerbunds trägt seinen

Namen. Alle drei Jahre wird der mit 10.000 Euro dotierte, so genannte Karl-Bräuer-Preis verliehen, und zwar - so schreibt es der Steuerzahlerbund in einer Pressemitteilung aus dem Jahr 2002 - für publizistische und wissenschaftliche Arbeiten, "die sich in sachlich einwandfreier und eindrucksvoller Weise mit der Finanzwirtschaft der öffentlichen Hand befassen haben." Die wirtschaftspolitische Orientierung der seit 1957 geehrten Personen hat eine starke wirtschaftsliberale Schlagseite. Zu den Preisträgern gehören Journalisten der FAZ, Präsidenten der Bundesbank und neoliberale Hardliner unter den deutschen Ökonomen wie die beiden Professoren Horst Siebert (Kiel) und Bernd Raffelhüschen (Freiburg).

Wer näheres über Person und Gesinnung des Steuerzahlerbund-Gründers erfahren will, der wird im Internet bei Wikipedia fündig: Karl Bräuer übernahm 1935 einen Lehrstuhl an der Universität Leipzig, den vorher Bruno Molls inne hatte und den dieser aufgrund seiner jüdischen Herkunft 1934 hatte räumen müssen. Ein weiterer Karriereschritt war Bräuers Wahl zum Präsidenten der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft im Jahr 1936. Die Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft war die von den Nazis gegründete Standesorganisation für Wirtschaftswissenschaftler. Im Zuge der Entnazifizierung wurde Bräuer 1946 - als NSDAP-Mitglied, Untersturmführer der SS und Schulungsleiter für Rasse- und Siedlungsfragen - emeritiert und aus allen Ämtern entlassen. 1949 gründete er schließlich den Bund der Steuerzahler, aus dessen Vorstand er sich 1960 zurückzog.

#### Politische Ziele

Aufschlussreich sind die eigentlichen politischen Ziele des Steuerzahlerbunds, die in einer Studie des Berliner Politikwissenschaftlers Rudolf Speth zu finden sind. So sieht der Steuerzahlerbund eine Staatsquote von gut 30 Prozent als erstrebenswert an - einen so geringen Wert weist kein entwickeltes Industrieland auf. Im Jahr 2008 lag die tatsächliche Staatsquote in Deutschland bei 43,5 Prozent, und schon dieser Wert war sehr niedrig und konnte nur durch massive Ausgabenkürzungen in den öffentlichen Haushalten erzielt werden. Auf der neoliberalen Agenda steht des Weiteren die Privatisierung von Kranken- und Pflegeversicherung. Auf diese Weise sollen die Sozialabgaben radikal gesenkt werden, die Arbeitgeber für ihre Beschäftigten zu leisten haben. Und aktuell fordert der Steuerzahlerbund weitere Steuersenkungen zu Gunsten von Unternehmen, Gutverdienenden und Reichen - begründet wird dies mit den laut der neuesten Steuerschätzung des Bundesfinanzministeriums nicht ganz so massiv ausfallenden Einbrüchen

bei den Steuereinnahmen. Von mehr Personal in der Steuerfahndung hält der Steuerzahlerbund hingegen nichts.

Um seine politischen Ziele und Forderungen zu untermauern, agiert der Bund der Steuerzahler gerne auch mit falschen oder manipulierten Zahlen. Ein Beispiel, über das die "Berliner Umschau" im April 2010 berichtet hat: Immer wieder behauptet der Steuerzahlerbund, Deutschland habe mit die höchsten Steuer- und Abgabelasten, verglichen mit anderen Staaten. Diese Rechnung funktioniert nur, weil der Steuerzahlerbund Kosten für Gesundheits- und Rentenversicherung als Abgaben an den Staat wertet. Vor diesem Hintergrund erscheint die Steuer- und Abgabenlast in Staaten, deren Gesundheits- und Rentenversicherung privat finanziert werden muss, niedriger - obwohl die tatsächlichen Kosten oftmals höher sind.

#### Entwicklung und Zusammensetzung der Mitglieder des Bunds der Steuerzahler

Wer sich die Zusammensetzung der Mitglieder des Bunds der Steuerzahler anschaut, erkennt sofort, wie die einseitige programmatische Ausrichtung - Steuer- und Abgabensenkungen sowie Magerstaat - zu erklären ist. 60 Prozent der Mitglieder sind Unternehmen oder gewerbliche Mittelständler, 15 Prozent sind Freiberufliche. Die restlichen Mitglieder des Steuerzahlerbunds sind überwiegend leitende Angestellte. Hier wird deutlich, dass die neoliberale Programmatik des Steuerzahlerbunds und die Zusammensetzung seiner Mitglieder miteinander korrespondieren: Vertreten werden die Interessen der mittelständischen Wirtschaft und der Gutverdienerinnen und Gutverdiener. Von Neutralität und Seriosität kann hier nicht gesprochen werden.

Dafür spricht auch, dass der Steuerzahlerbund übermäßig eng mit der ERGO-Versicherungsgruppe verbunden zu sein scheint. Schon in der Vergangenheit war in der Presse kritisch über eine fragwürdige Zusammenarbeit herausragender Vertreter des Bundes der Steuerzahler mit der ERGO-Vorgängergesellschaft Hamburg-Mannheimer geschrieben worden. Aktuell berichtet der niedersächsische Landtagsabgeordnete Heinrich Aller (SPD) in einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung von folgendem Sachverhalt (Drucksache 16/3055): In Stellenanzeigen niedersächsischer Tageszeitungen und Stellenangeboten im Internet werbe der Bund der Steuerzahler mit dem Angebot, Verbandsbeauftragte/r zu werden. Bewerbungen seien an die Regionalbeauftragte des Bundes der Steuerzahler in Hannover zu richten. Sowohl die angegebene Postadresse als auch eine - telefonisch erfragte - Telefonnummer seien aber der ERGO-Versicherungsgruppe zuzuordnen.

Erfreulich ist vor dem geschilderten Hintergrund die Entwicklung der Mitgliederzahlen. Nachdem im Jahr 2001 mit rund 426.000 Mitgliedern ein Höhepunkt erreicht war, ging es steil bergab. Der Mitgliederstand dürfte im laufenden Jahr bei 310.000 Mitgliedern liegen.

## Fazit

Es gibt wohl kaum eine Institution, die so schamlos - aber leider auch so erfolgreich - mit ihrem Namen Etikettenschwindel betreibt. Der Bund der Steuerzahler ist im Grunde eine Tarnorganisation, die knallharte neoliberale Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit im Interesse von mittelständischen Unternehmen und besser Verdienenden betreibt. Auch scheint der Steuerzahlerbund - um es vorsichtig ausdrücken - ein ziemlich unreflektiertes Verhältnis zur braunen Vergangenheit ihres Gründers zu haben. Viele gute Gründe, um den Bund der Steuerzahler und seine politischen Motive bei jeder sich bietenden Gelegenheit ins wahre Licht zu rücken.

## Zum Weiterlesen:

Rudolf Speth, Steuern, Schulden und Skandale. Für wen spricht der Bund der Steuerzahler? Arbeitspapier 161 der Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf 2008 (der Text steht auf der Homepage der Hans Böckler Stiftung unter [http://www.boeckler.de/pdf/p\\_arbp\\_161.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_161.pdf) als kostenloser Download zur Verfügung).

# An den Grundpfeilern unserer Zukunft sägen

## Buchbesprechung

Von Patrick Schreiner

Die immer schlechtere - und vor dem Hintergrund der so genannten "Schuldenbremse" sich absehbar weiter verschlechternde - Finanzausstattung der öffentlichen Haushalte hat unmittelbare Auswirkungen auch auf das Bildungswesen. Der vorliegende Sammelband analysiert den Zusammenhang von Bildungsausgaben, Bildungsleistungen und Haushaltspolitik in Deutschland.

Zwei Beiträge widmen sich einleitend der finanziellen Situation öffentlicher Haushalte. Achim Truger analysiert den Zusammenhang von Steuersenkungen, öffentlichen Investitionen, der "Schuldenbremse" und möglichen Auswirkungen auf die Konjunktur. Er identifiziert dabei eine erhebliche öffentliche Investitionslücke in Deutschland. Während Truger dies für Deutschland insgesamt ausführt, widmet sich Kai Eicker-Wolf im zweiten Beitrag des Sammelbandes der spezifischen Situation in Hessen. Beide zeigen auf, dass es nicht überbordende Ausgaben, sondern vielmehr Einnahmeausfälle in Folge massiver Steuersenkungen waren, die die öffentlichen Haushalte in eine Schieflage gebracht haben.

Roman Jaich widmet sich im dritten Beitrag des Sammelbandes der Frage, welchen Finanzierungsbedarf das deutsche Bildungssystem hat. Er liefert einen guten ersten Eindruck vom Ausmaß des Defizits, das sich Deutschland seit Jahren im Bereich der Bildung leisten zu können glaubt. Cornelia Heintze zeigt im vierten Beitrag, dass sich die Höhe der öffentlichen Bildungsausgaben durchaus als der wichtigste Indikator erweist, um die unterschiedlichen Leistungsfähigkeiten der Bildungssysteme verschiedener europäischer OECD-Staaten zu erklären. Gerade Deutschland ist mit unterdurchschnittlichen Bildungsausgaben und unterdurchschnittlichen Leistungen des Bildungssystems ein guter Beispielfall hierfür. Im fünften und letzten Beitrag gehen Tobias Kaphegyi und Gunter Quaißer der Frage nach, welche Formen die Privatisierung von Bildung in Deutschland annimmt. Sie gehen dabei insbesondere auch auf die ideologische Verankerung neoliberaler Politikinhalt in Lehrplänen und Lehrinhalten ein.

Die Konzeption des vorliegenden Sammelbands überzeugt durch die enge Verschränkung der Analysen von Haushalts- und von Bildungspolitik. Es gelingt den Autorinnen und Autoren überdies, die entsprechenden Sachverhalte auf das Wesentliche verdichtet und mit Zahlenmaterial gut unterfüttert darzustellen. Wer beruflich oder politisch mit Bildungspolitik oder Haushaltspolitik zu tun hat, dem sei dieser Sammelband daher nachdrücklich empfohlen.



Kai Eicker-Wolf/Ulrich Thöne (Hg.), An den Grundpfeilern unserer Zukunft sägen. Bildungsausgaben, Öffentliche Haushalte und Schuldenbremse, metropolis-Verlag, Marburg 2010, ISBN 978-3-89518-816-9, 199 Seiten, 22,80 Euro.



# The Fearful Rise of Markets

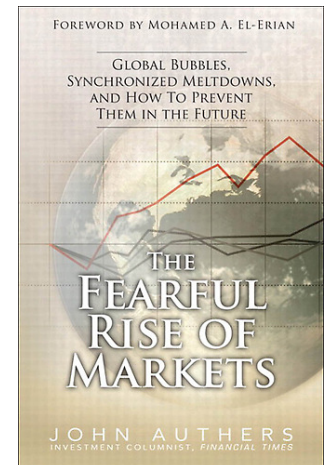
## Buchbesprechung

Von Patrick Schreiner

John Authors ist seit Jahren als Wirtschaftsjournalist für die Tageszeitung "Financial Times" tätig, er gilt als einer der führenden Investment-Spezialisten weltweit. Im Folgenden sei ein englischsprachiges Buch empfohlen, das er im Frühjahr 2010 veröffentlicht hat und in dem er die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise analysiert. Authors Fokus liegt hierbei auf der globalen Finanzindustrie und ihren "Produkten"; er beschreibt eine immer komplexere, immer undurchsichtigere und immer abstraktere globale Finanzmarktarchitektur als Ursache der Krise.

Authors führt den Leser und die Leserin in zahlreichen kürzeren Kapiteln und mit einer sehr anschaulichen, verständlichen Sprache in diese Komplexität der Finanzwelt ein. Er beschreibt beispielsweise die Entstehung und die Auswirkungen von Index- und Rohstofffonds, zeigt den ideologischen Hintergrund der finanzmarktgetriebenen Integration von Entwicklungs- und Schwellenländern in die globalen Märkte auf und analysiert die Herausbildung von Schattenbanksystemen etwa in Form von Private-Equity- und Hedge-Fonds. Auch der Beitrag einer willfährigen, neoliberalen Marktgläubigkeit kommt dabei nicht zu kurz. Authors zeigt, dass im Wesentlichen vier Ursachen die aktuelle Krise befeuert haben: Erstens eine abnehmende Regulierung der Finanzmärkte, zweitens eine steigende Zahl und Komplexität von Finanzmarktakteuren und -produkten, drittens eine zunehmende Verflechtung von Akteuren, Anlageformen, Staaten und Weltregionen sowie viertens dramatisch falsch gesetzte Anreize, die zu Herdenverhalten bei Investoren und zu übersteigerter Risikobereitschaft führten.

Authors tendiert in seinen Ausführungen insofern zu einer etwas einseitigen Analyse, als es bei ihm überwiegend das menschliche Verhalten und (dahinterstehend) falsch gesetzte politische und ökonomische Anreize sind, die in den Abgrund führen. Auch Fragen etwa der Verteilung, der Lohn- und Sozialpolitik spielen bei ihm keine Rolle. Hier wären sicherlich grundlegendere Analysen kapitalistischen Wirtschaftens und neoliberaler Politik wünschenswert gewesen. Gleichwohl gelingt es Authors, die grundlegenden Mechanismen der finanzmarktgetriebenen Weltwirtschaft und der aktuellen Krise anschaulich zu verdeutlichen. Es ist gerade dieser strikte und detailgenaue Fokus, der das Buch von vergleichbaren Arbeiten unterscheidet und der es durchaus lesenswert macht.



John Authors, The Fearful Rise of Markets. Global Bubbles, Synchronized Markets and how to Prevent them in Future, FT Press, Upper Saddle River 2010, ISBN 978-0137072996, 203 Seiten, 18,50 Euro.

# Deutsche Zweiheit - Oder: Wie viel Unterschied verträgt die Einheit?

## Buchbesprechung

Von Kai Eicker-Wolf

Pünktlich zum 20-jährigen Jubiläum der Vereinigung von Ost- und Westdeutschland hat auch die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik ein umfangreiches Buch unter dem Titel "Deutsche Zweiheit - Oder: Wie viel Unterschied verträgt die Einheit?" vorgelegt.

Zunächst wird in einem historischen Abriss mit dem verbreiteten Mythos aufgeräumt, die DDR habe Ende 1989 vor der Pleite gestanden. Letzteres war ersichtlich nicht der Fall, da ein Staat dann pleite ist, "wenn er seinen fälligen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen kann und international als nicht mehr kreditwürdig gilt. Beides traf auf die DDR nicht zu" (S. 51). Gleichwohl werden verschiedene erhebliche Defizite der zentralistischen Planwirtschaft hinsichtlich Innovationen und Effizienzsteigerungen identifiziert: So waren etwa die Betriebs- und Unternehmensleitungen aufgrund zentraler Planungsvorgaben und eingeschränkter Investitionsspielräume kaum an der Verbesserung der Produktionsergebnisse interessiert (S. 48).

Als ursächlich für den Absturz der ostdeutschen Wirtschaft werden die Währungsumstellung und die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt herausgearbeitet. Die Währungsunion wirkte wie ein gewaltiger Aufwertungsschock, was zusammen mit der radikalen Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt die DDR-Wirtschaft schockartig unter einen nicht zu bewältigenden Wettbewerbsdruck setzte. Hinzu kam das Wegbrechen wichtiger Exportmärkte in Osteuropa. Folge des sich dadurch ergebenden Entwicklungsgefälles zwischen Ost- und Westdeutschland sind erhebliche öffentliche Transferleistungen.

Insgesamt kommt die Arbeitsgruppe zu dem zutreffenden Ergebnis, "dass der Ost-West-Vereinigungsprozess ungeachtet vieler Verbesserungen alles in allem gescheitert ist" (S. 199). Als Alternative wird ein grundlegender Politikwechsel empfohlen, der für Deutschland insgesamt unter anderem eine Veränderung der prekären Arbeitsverhältnisse und einen sozial-ökologischer Umbau erfordert (S. 199 ff.).

Das Buch ist uneingeschränkt zu empfehlen - wer sich mit den wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven der ostdeutschen Wirtschaft auseinandersetzen will, wird keine bessere Analyse finden.



Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Deutsche Zweiheit - Oder: Wie viel Unterschied verträgt die Einheit? Bilanz der Vereinigungspolitik, Köln, PapyRossa Verlag, 255 Seiten, 2010. ISBN 978-3-89438-447-0. 16,90 Euro.

# Impressum

ISSN 1868-8209

Herausgeber: Arbeitskreis für Wirtschafts- und Strukturpolitik bei den DGB-Bezirken Hessen-Thüringen und Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt. Die elektronische Zeitschrift "WISO-Info" behandelt sozial-, struktur- und wirtschaftspolitische Themen aus gewerkschaftlicher Sicht und erscheint unregelmäßig etwa dreimal pro Jahr.

Redaktion: Dr. Patrick Schreiner (verantwortlich), Dr. Kai Eicker-Wolf, Sylvia Kampa

Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht zwingend die Positionen des Deutschen Gewerkschaftsbundes oder seiner Mitgliedsgewerkschaften wieder.

DGB-Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt  
Otto-Brenner-Straße 7  
30159 Hannover  
Telefon: 0511 12601-30  
<http://www.niedersachsen.dgb.de>

DGB-Bezirk Hessen-Thüringen  
Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77  
60329 Frankfurt/Main  
Telefon: 069 273005-53  
<http://hessen-thueringen.dgb.de>

E-Mail und kostenfreies E-Mail-Abonnement: [wiso-info@dgb.de](mailto:wiso-info@dgb.de)

Wir freuen uns über Artikel- und Interviewvorschläge ebenso wie über Briefe unserer Leserinnen und Leser. Unsere "Hinweise für Autorinnen und Autoren" senden wir Ihnen gerne zu. Ein Anspruch auf Veröffentlichung von Texten besteht nicht. Der Arbeitskreis Wirtschafts- und Strukturpolitik kann leider keine Honorare bezahlen.

Kopie und Weiterverbreitung in unveränderter Form unter Angabe der Quelle erwünscht.